Schutzgebühr: 2,- Euro

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

NACH DEM PUTSCH IN HONDURAS
DELEGATIONSREISE ZUR LAGE VON MENSCHENRECHTEN & DEMOKRATIEBEWEGUNG

WIR WAREN UNSICHTBAR

Honduras nach dem Putsch Perspektiven der Widerstandsbewegung

Für eine neue Verfassung – Politische Vorhaben der Resistencia

Landkonflikte – Indigener & bäuerlicher Protest

Queerer & feministischer Widerstand

Europas problematische Entwicklungs-zusammenarbeit

IMPRESSUM

Die Honduras-Broschüre ist eine Gemeinschaftsproduktion der Hondurasdelegation 2010 und der *Lateinamerika Nachrichten*
ViSdP: Eva Bahl, Andrés Schmidt, Marius Zynga // Auflage: 4.200 Stück

Honduras-Delegation 2010 // c/o Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Pariser Straße 13 // 81667 München // Tel. 0049-89-448 59 45 // Email: info@oeku-buero.de
www.oeku-buero.de // hondurasdelegation.blogspot.com
Lateinamerika Nachrichten e.V. // Gneisenaustr. 2a // 10961 Berlin
Tel. 0049-30-694 61 00 // Email: redaktion@LN-Berlin.de
www.lateinamerika-nachrichten.de

Foto: Javier Solas
Zu sehen ist die „Abuela en Resistencia", die auf keiner Demonstration gegen den Putsch fehlt.
Das Titelfoto ist von Ariel Sosa.

Wir danken für die finanzielle Unterstützung von:

Rosa Luxemburg Stiftung
Kurt-Eisner-Verein
Österreichische HochschülerInnenschaft

Grüne Bildungswerkstatt Wien (GBW)
Basisgruppe Internationale Entwicklung – Uni Wien
Förderkreis Oscar-Romero-Haus e.V.
Flüchtlingshilfe Mittelamerika e.V.

VOR DEM PUTSCH WAREN SIE UNSICHTBAR

Frauen, LehrerInnen, Queers, Kleinbauern und -bäuerinnen, Indigene und ArbeiterInnen wehrten sich vereinzelt gegen eine neoliberale, repressive Übermacht, die ihre Ordnung in Honduras durchsetzte. Unter Präsident Zelaya begannen diese Gruppen erstmals, über gemeinsame Forderungen nach einem anderen Honduras nachzudenken. In der Widerstandsbewegung gegen den Putsch gelangte die Bewegung zu einer gesellschaftlichen Bedeutung, der die PutschistInnen nur noch mit Gewalt Einhalt gebieten konnten. Heute sind sie sichtbar. Ihr Kampf forderte zahllose Opfer, und die Unterdrückung gegen die Bewegung dauert unvermindert an. Den Aufbruch sichtbar zu machen, haben auch wir uns zur Aufgabe gemacht. Eine zehnköpfige Delegation bereiste im Dezember 2010 Honduras, um diese Bewegung in ihrer Vielfalt kennen zu lernen. Wir sind nicht unbeteiligt. Die Ereignisse in Honduras geschehen in einer Konstellation internationaler Interessen. Dass die Regierungen der EU ein moralisch und politisch bankrottes Regime gegen einen enormen gesellschaftlichen Aufbruch verteidigt, löst ein Unbehagen aus, das über die Grenzen von Honduras hinausgeht. Sichtbares Ergebnis davon ist dieses Heft, das wir als Einladung verstehen.
Die *Lateinamerika Nachrichten* und die Honduras-Delegation 2010 freuen sich, dieses gemeinsam präsentieren zu können. Ebenfalls für die Verbreitung sorgen die Wiener Zeitschrift *Lateinamerika Anders*, das Münchner *Info-Blatt* des Ökumenischen Büros, und, so hoffen wir, Sie und ihr.

// Honduras-Delegation 2010 & LN-Redaktion

INHALT

2 **Honduras nach dem Putsch** // Eine Einleitung zum Dossier „Wir waren unsichtbar"

4 **Häufig gestellte Fragen** // Frage und Antwort zum Putsch in Honduras

6 **Neue politische Kraft** // Panorama und Perspektiven der Widerstandsbewegung

10 **Rückwärts Marsch – Drei Schritte nach rechts //** Der politische Backlash unter Präsident Porfirio Lobo Sosa

14 **Kämpferische Frauen** // Die honduranische Frauenbewegung hat nach dem Putsch an Stärke gewonnen und neue Themen erschlossen

17 **„Für unser Recht auf Leben"** // Interview mit dem Aktivisten Donny Reyes von der honduranischen LGBT-Bewegung über die Situation von Queers seit dem Putsch

20 **Die Stimme der Lencas** // Die Indigenenorganisation COPINH ist eine zentrale Stütze der Widerstandsbewegung in Honduras

24 **Öl ins Feuer** // Die Subventionierung „grüner Projekte" könnte die Landkonflikte in Honduras weiter zuspitzen

28 **Eine Musterstadt für Reiche** // Interview mit Jesús Garza, Mitglied der Widerstandsbewegung (FNRP) und der Honduranischen Koalition der Bürgeraktion (CHAAC)

30 **Ich weiß, was du vorletzten Sommer getan hast** // In Honduras sind dieses Jahr gleich zwei Wahrheitskommissionen im Einsatz. Eine offizielle und eine der Widerstandsbewegung

32 **Kontinuität auch mit Putschisten** // Der Umsturz in Honduras hat die Beziehungen der EU zu dem mittelamerikanischen Land zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt

35 **Endet eh alles wie auf Kuba** // Die Friedrich-Naumann Stiftung für die Freiheit hält zu den PutschistInnen. Dass ihre eigenen StipendiatInnen den Putsch kritisieren, ist ihr egal

37 **Historischer Überblick**

39 **Die Honduras-Delegation 2010** // Kontakt // Veranstaltungen // Unterstützen & Mitmachen

HONDURAS NACH DEM PUTSCH

EINE EINLEITUNG ZUM DOSSIER „WIR WAREN UNSICHTBAR“

Foto: Delmer Membreno

Als am 28. Juni 2009 der Präsident von Honduras im Schlafanzug von Militärs aus seinem Haus gezerrt, in ein Flugzeug gesteckt und nach Costa Rica entführt wurde, stand das zentralamerikanische Land plötzlich im Licht der Weltöffentlichkeit. Was hatte diesen Putsch ausgelöst, und womit Manuel Zelaya den Zorn der Oligarchie des Landes auf sich gezogen?

Der Tag des zivil-militärischen Putsches markierte eine Zäsur in den Auseinandersetzungen um die Zukunft Honduras´. Gleichzeitig bedeutet er auch die partielle Wiederherstellung der Logik der Gewalt, die das Land im vergangenen Jahrhundert schon 20 Jahre lang in Form einer Militärdiktatur beherrscht hatte. Die Wahlen, die das Regime am 29. November 2009 abhielt, hatten daher in erster Linie den Zweck, diese autoritäre Optik zu korrigieren. Einen Überblick über die Ereignisse rund um den Putsch, seine Vorgeschichte und die Illegitimität der Wahlen bietet Marius Zynga in einer Sammlung von häufig gestellten Fragen zum Putsch in Honduras. Einen Überblick über die Geschichte von Honduras allgemein bietet die Zeitleiste im Anhang.

Die katastrophalen Auswirkungen der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme der 1990er

Jahre haben auch in Honduras soziale Bewegungen entstehen lassen, die mit Zelaya in vielen Fragen einen Bündnispartner fanden. Sie sind es, die sich nach dem Putsch in eine vielfältige Massenbewegung verwandelten, die die Idee eines sozial gerechten und lebenswerten Honduras unmissverständlich einfordert. Der Putsch gab dieser Bewegung, der Tragik der harten Repression zum Trotz, eine neue Dynamik. Einem Porträt des Widerstands gegen das Putschregime und seinen Perspektiven widmet sich Magdalena Heuwieser. Die Bewegung sieht sich seit dem Putsch mit einem neoliberalen backlash konfrontiert. Die aktuelle Regierung von Porfirio Lobo Sosa betreibt radikalen Kahlschlag überall dort, wo in den letzten Jahren unter Zelaya zögerliche Fortschritte erreicht wurden. Angriffe auf Sozialstandards, Privatisierungen und der Ausverkauf natürlicher Ressourcen sind Programm. Ein vorläufiger Höhepunkt der Wirtschaftspolitik von Lobo ist aber die geplante Einrichtung sogenannter „Modellstädte" im Norden, in denen Land an ausländische InvestorInnen konzessioniert wird. Unter Aussetzung geltenden Arbeitsrechts und in Autonomie vom Staat Honduras und seinen Gesetzen wird dort ein regelrechtes „Investorenparadies" eingerichtet. Zu dem Thema befindet sich in der Broschüre ein Interview mit Jesús Garza. Begleitet wird die Agenda Lobos von massiver Repression gegen AktivistInnen der sozialen Bewegungen und einer Attitüde der Straflosigkeit gegenüber politischen Morden und Entführungen. Nichts desto trotz wählt die Europäische Union Lobo zum engen Partner in der Region. Mit den Entwicklungen unter Porfirio Lobo Sosa und ihren Konsequenzen setzt sich Fabian Unterberger auseinander.

Die Angriffe der Regierung auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen haben auch den Widerstand breit und vielfältig wachsen lassen. Jenseits der Debatten über „alte" und „neue Linke" hat sich in Honduras eine Bewegung formiert, die sowohl den Kampf für einen strukturellen und systemischen Wandel, als auch feministische, indigene und ökologische Kämpfe vereint. Kathrin Pelzer beleuchtet die Rolle von Frauen im Widerstand, während Donny Reyes im Interview mit Eva Bahl von den Realitäten des lesbisch-schwul-bi-transsexuellen Widerstandes berichtet. Johannes Schwäbl widmet sich den Kämpfen der Indigenenorganisation COPINH. Sie sehen sich unter Lobo besonderer Repression ausgesetzt. Ihr Kampf um das Recht auf Land und den Erhalt der natürlichen Ressourcen ist gleichzeitig ein Kampf um Nahrungsmittelsouveränität und bezeichnet eine zentrale Dimension der strukturellen sozialen Probleme Honduras. Nora Bluhme bringt eine Reportage aus Bajo Aguán, dem Zentrum des honduranischen Landkonflikts.

Inzwischen sieht es so aus, als versuche die Regierung unter Porfirio Lobo Sosa die Proteste auszusitzen. Sie versucht mit einer Mischung aus der Bekundung guten Willens und Repression den Kopf über Wasser zu halten. Eine dieser vorgeblichen Maßnahmen zur „Versöhnung" ist die Einrichtung einer offiziellen Wahrheitskommission, die die Ereignisse rund um den Putsch untersuchen soll. Da an dieser Kommission aber dieselben Persönlichkeiten und Institutionen beteiligt sind, die den Putsch getragen haben, wurde von Menschenrechtsgruppen eine „alternative Wahrheitskommission" ins Leben gerufen. Kathrin Zeiske beschreibt die Kontroverse rund um die beiden Kommissionen.

Schließlich widmen wir uns der für uns zentralen Frage der Anerkennungspolitik der EU und Deutschlands, die in der besorgniserregenden Menschenrechtsbilanz der Regierung Lobos offensichtlich kein Hindernis für eine Partnerschaft sehen. Die EU unterstützt den honduranischen Sicherheitssektor im Rahmen des sogenannten PASS-Programms und hat im Mai 2010 ein Assoziierungsabkommen mit Lobo unterzeichnet. Harald Neuber erklärt, wie die EU sich zur Komplizin des aktuellen Regimes macht. Das tatkräftige Unterstützung des Putsches durch die in Honduras tätige FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung hat Kirstin Büttner unter die Lupe genommen.

Widerstand und Repression in Honduras dauern an. Seit Februar streiken die Lehrergewerkschaften in Honduras gegen die anstehende Privatisierung der Bildung durch eine Gesetzesreform. Am 30. März kam es im gesamten Land zu schweren Auseinandersetzungen, als Polizei und Militär gegen den von der Widerstandsbewegung ausgerufenen Generalstreik vorgingen. In der Region Bajo Aguán forderten die Kugeln des Repressionsapparates mindestens einen Toten, im gesamten Land gab es unzählige Verletzte und Festgenommene. Die sich auf den Strassen abspielenden Szenen erinnerten laut Augenzeugen an die Tage nach dem Putsch.

// Fabian Unterberger

HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN

FRAGE UND ANTWORT ZUM PUTSCH IN HONDURAS

Wodurch kam es zu dem Putsch gegen die Regierung von Manuel Zelaya?

Als Manuel Zelaya 2006 das Präsidentenamt übernahm, glaubte niemand, dass er eine Politik gegen die Interessen der Eliten und für die Mehrheit der Bevölkerung machen würde. Er selbst ist Großgrundbesitzer und stammt aus einer wohlhabenden Familie.

Als Strategien gegen steigende Energiepreise suchte er dennoch bald den Kontakt selbst zu umstrittenen möglichen Partnern wie Venezuelas Präsident Hugo Chávez. Dieser bot mit dem lateinamerikanischen Erdölbündnis Petrocaribe eine preiswerte Alternative zu Öl zu Marktpreisen. Dadurch verringert Honduras seine Abhängigkeit von US-amerikanischen und europäischen Ölmultis und intensivierte die Beziehungen zu Venezuela. Im August 2008 trat Honduras dem von Venezuela und Kuba ins Leben gerufene Staatenbündnis ALBA bei.

Kurz darauf hob Manuel Zelaya den Mindestlohn für Angestellte im öffentlichen Dienst an und suchte den Dialog mit VertreterInnen von Bauern- und Indigenenorganisationen. Diese linksorientierte Politik brachte die Eliten gegen Zelaya auf. Als er Mitte 2009 dann eine unverbindliche Volksbefragung durchführen wollte, wurde das Militär beauftragt, Zelaya zu verhaften und ihn außer Landes zu bringen. Zur Begründung hieß es, jede Volksbefragung zu Wahlgesetzen sei verfassungsrechtlich verboten.

Welche Änderungen der Verfassung sah Zelaya vor?

Manuel Zelaya hatte sich dazu nie konkret geäußert. Details sollte erst die Verfassunggebende Versammlung erarbeiten. Zelaya sagte aber, er wolle die Bevölkerung stärker an politischen Prozessen beteiligen. Dazu plante er, am 28. Juni 2009 die BürgerInnen in einer nicht bindenden Meinungsumfrage zu konsultieren. Sie sollten darüber entscheiden, ob bei den kommenden Wahlen gleichzeitig ein Referendum zur Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung stattfinden sollte.

Zelaya forderte einen „sozialistischen Liberalismus", damit „alle Vorteile des Systems dorthin kommen, wo sie am meisten benötigt werden: zu den Frauen, den Männern, den Kinder, den Bauern, den Produzenten!" Zelayas Gegner behaupteten, er wolle mit der Volksbefragung und dem darauf folgenden Referendum lediglich seine Wiederwahl erreichen und Honduras in eine Diktatur verwandeln.

Hätte sich Zeleya nach einem erfolgreichen Referendum wiederwählen lassen können?

Nein. Das Referendum, das im Falle der Zustimmung der Bevölkerung gemeinsam mit den Wahlen am 29. November 2009 hätte stattfinden sollen, hätte zunächst eine Verfassunggebende Versammlung einberufen. Diese hätte dann in den Monaten darauf die Aufgabe gehabt, eine neue Verfassung zu erarbeiten.

Brisant dabei ist, dass der honduranische Kongress Mitte Januar 2011 eine Änderung des Artikel 5 der Verfassung vorgenommen hat. Dadurch werden Referenden bezüglich der Wiederwahl des Präsidenten möglich gemacht.

Wer steckt hinter dem Putsch?

Die Verhaftung und Außerlandesbringung Zelayas wurde von Militärs unter Führung von General Romeo Vásquez Velásquez durchgeführt. Zuvor hatte der Oberste Gerichtshof die Verhaftung Zelayas angeordnet, da ihm aufgrund der geplanten Volksbefragung von der Opposition und der Oligarchie des Landes ein Verfassungsbruch vorgeworfen wurde. Schon in den Monaten zuvor hatten die von den Eliten kontrollierten Medien gegen Zelayas linksgerichteten politischen Kurs gewettert. Auch die USA müssen frühzeitig von dem Vorhaben eines Staatsstreiches gewusst haben, denn die PutschistInnen nutzten den US-Militärstützpunkt Palmerola bei Comayagua, um Zelaya auszufliegen.

Am Tag des Putsches wurde im Parlament die Fälschung eines Rücktrittsschreibens Zelayas verlesen sowie Telefonnetz und Rundfunk abgeschaltet. Kurz nach dem Putsch meldete sich auch der honduranische Kardinal und Vorsitzende von Caritas International, Óscar Andrés Rodríguez, zu Wort. Er rechtfertigte die Absetzung Zelayas und vertrat die Meinung, Venezuelas Präsident Hugo Chávez wolle durch Zelaya Kommunismus in Honduras einführen. Ähnlicher Meinung waren auch honduranische Unternehmerverbände, konservative US-Politiker und die FDP-nahe Friedrich-Naumann Stiftung, die in Tegucigalpa ein Regionalbüro unterhält.

Wurden die für den Putsch verantwortlichen Personen in irgendeiner Weise sanktioniert?
Nein. Zwar teilte der US-Botschafter Hugo Llorens einen Monat nach dem Putsch Washington mit, dass es „keinen Zweifel mehr daran (gibt), dass die Amtsübernahme durch Roberto Micheletti illegitim war." Er bezeichnete die Vorgänge als einen Putsch und widerlegte die Vorwürfe der PutschistInnen gegen Präsident Manuel Zelaya. Dennoch wurde Putschpräsident Roberto Micheletti der Status eines Abgeordneten auf Lebzeiten und damit ein lebenslanges Monatsgehalt, Immunität sowie Polizeischutz für sich und seine Familie zugesichert. Im März 2010 ernannte Porfirio Lobo den für den Putsch verantwortlichen General Romeo Vásquez Velásquez zum Präsidenten der nationalen Telefongesellschaft Hondutel. Die Putschregierung hatte noch vor der Amtseinführung von Porfirio Lobo damit begonnen, Amnestien für politische Straftaten zu erlassen.

Welche lateinamerikanischen Länder anerkennen die Putschregierung von Porfirio Lobo?
Anerkannt wird die Regierung von Porfirio Lobo bisher von Mexiko, Guatemala, Belize, El Salvador, Costa Rica, Panama, Kolumbien, Peru und Chile. Brasilien, Ecuador, Bolivien, Argentinien, Venezuela und Nicaragua haben die Regierung von Porfirio bisher nicht anerkannt. Weiterhin ist Honduras' Mitgliedschaft in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) suspendiert.

Was macht Manuel Zelaya heute?
Manuel Zelaya lebt seit dem 27. Januar 2010 im Exil in der Dominikanischen Republik. Er ist Hauptkoordinator der Widerstandsbewegung und hofft auf eine baldige Rückkehr nach Honduras. Zelaya wurde von Hugo Chávez zudem die Leitung des „Politischen Rates" von Petrocaribe übertragen.

Was fordert die Widerstandsbewegung?
Die Widerstandsbewegung fordert unter anderem die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung. In der neuen Verfassung sollen die Prinzipien der partizipativen Demokratie etabliert werden. Weiter wird die Erneuerung des aktuellen Machtapparates, die Rückkehr Manuel Zelayas aus dem Exil und die Rücknahme neoliberaler Arbeitsgesetze gefordert.

// Marius Zynga

Foto: Javier Elu

NEUE POLITISCHE KRAFT

PANORAMA UND PERSPEKTIVEN DER WIDERSTANDSBEWEGUNG

Foto: Javier Eliu

Plötzlich waren die Straßen voller Menschen, voller Transparente und Lärm, voller Zorn und Euphorie. Plötzlich waren die Wände entlang der Straßen gespickt mit regimekritischen Graffiti, die die Machthabenden in Honduras an den Pranger stellten. Der Putsch bedeutete nicht nur vermehrte Unterdrückung und Gewalt, er brachte auch Positives hervor: eine neue politische und soziale Kraft, die Widerstandsbewegung FNRP. Diese setzt sich seitdem für einen tiefgreifenden Wandel im Land ein, der über eine partizipative Verfassunggebende Versammlung erreicht werden soll.

Soziale Bewegungen hatte es in Honduras selbstverständlich auch vor dem Putsch gegeben, wenn auch weniger stark ausgeprägt als in den umliegenden zentralamerikanischen Ländern. Dort wehrten sich seit den 1970er Jahren organisierte Guerilla-Bewegungen gegen die US-gestützten Militärregimes. In Honduras wurden währenddessen die Land- und Gewerkschaftsbewegungen meist mit Kompromissen oder direkter Gewalt kleingehalten. Ab Anfang der 1990er Jahre begann sich aber auch dort verstärkter Widerstand gegen die einsetzenden neoliberalen Strukturanpassungsprogramme zu regen. Aufgrund des tiefgreifenden Wandels im Wirtschaftsmodell und der daraus resultierenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse wurde – und blieb – jedoch vor allem die Gewerkschaftsbewegung sehr geschwächt. Ab der Jahrtausendwende kam neuer Schwung in die sozialen Proteste und es entstanden vermehrt Frauen- oder Umweltbewegungen sowie Widerstand gegen neue Freihandelsabkommen. Diese Gruppen agierten jedoch hauptsächlich getrennt voneinander, wenn auch mit der Gründung des *Bloque Popular* (Volksblock) der *Coordinadora Nacional* (Nationale Koordination) in den Jahren 2000 und 2003 Fundamente für eine Vernetzung gelegt wurden.

Parlamentarisch weitgehend isoliert, suchte Manuel Zelaya ab seiner Amtszeit 2006 Rückhalt in der Zivilbevölkerung. Die Annäherung wurde aufgrund seiner progressiven Reformen, dem Beitritt zum linken lateinamerikanischen Staatenbündnis

◄ **Vielfalt der Bewegung**
Die Widerstandsbewegung ist eine neue politische und soziale Kraft

ALBA und dem gemeinsamen Einsatz für die, von ihm vorgeschlagene Umfrage über eine partizipative Verfassunggebende Versammlung (VV) auch erwidert. Die herrschende Elite im Land sah somit die recht stabilen Kräfteverhältnisse in Gefahr. Der Staatsstreich sollte eigentlich die Stabilität wiederherstellen und den wachsenden Einfluss der Zivilgesellschaft verhindern. Tatsächlich konnte die nationale Elite ihr Fortbestehen durch ihr aggressives Eingreifen auch erst einmal sichern. Dies jedoch auf einem fragileren Fundament als zuvor, da die sozialen Bewegungen durch ihre gemeinsame Kraft in der Widerstandsbewegung Frente Nacional de Resistencia Popular (FNRP) erst an Schwung gewannen. Dass nach dem Putsch also eine so massive Bewegung entstand, lag einerseits an der Allianz mit Zelaya, der Zunahme der sozialen Proteste im letzten Jahrzehnt, der Existenz von schon bestehenden Organisationsstrukturen und dem gemeinsamen Feindbild: den „Putschisten", beziehungsweise dem gemeinsamen Ziel: der Verteidigung der Demokratie, der Rückkehr Zelayas und der Einberufung einer VV.

„Der Putsch war wie ein Aufwachen für die Zivilbevölkerung und der Protest wie eine Schule auf den Straßen", beschreibt Edgar Soriano, Historiker und Delegierter der FNRP. Die wenigen alternativen Medien klärten auf über die „zehn Familien", die das Land besitzen. Treue KirchgängerInnen waren geschockt von der Komplizenschaft des katholischen Kardinals. Die großen Zeitungen entpuppten sich als Putsch-Medien und wurden links – oder eher rechts – liegen gelassen. Antreibende Kraft war somit vor allem die aufkommende Erkenntnis darüber, dass der formaldemokratische Staat vielmehr Projekt einer abgehobenen Elite ist und weite Bevölkerungsteile ausschließt.

Auf den Putsch folgten mehrere Monate mit täglichen friedlichen Massenmobilisierungen, Straßenblockaden, Boykotts und Streiks in den Städten und auf dem Land. Ausgangssperren, gewaltsame Auflösung der Demonstrationen, willkürliche Festnahmen, Militarisierung und Vergewaltigungen von Frauen durch Polizisten waren die Antwort des Putschregimes unter Roberto Micheletti. Auch die Zensur der wenigen kritischen Medien, Bedrohung von MenschenrechtsaktivistInnen und eine steigende Anzahl politischer Morde standen auf der Tagesordnung.

Nach der Wahlfarce im November 2009 und dem sinkenden internationalen Interesse schwand auch die Hoffnung auf eine schnelle Rückkehr zur demokratischen Ordnung mit Zelaya im Lande. Die Repression, finanzielle Schwierigkeiten und die Notwendigkeit der Rückkehr zum Arbeits- und Schulalltag ließen die FNRP ihre Strategie ändern. Zum Widerstand gegen den Putsch kamen langfristigere Forderungen hinzu und es wurde vermehrt auf die Stärkung der internen Strukturen und Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung durch den Aufbau alternativer Medien und politische emanzipative Bildung gesetzt.

Nach dem Amtsantritt Lobos Anfang 2010 hat sich die Situation für den Widerstand keineswegs verbessert. Vielmehr stellt die internationale Anerkennung des Regimes und das Ignorieren sämtlicher Menschenrechtsverletzungen ein Hindernis für die FNRP dar. Trotz allem ist sie im Land weiterhin eine sehr wichtige soziale und politische Kraft und wird laut Statistiken von über 30 Prozent der

▲ **Straßen voller Menschen** „Protest ist wie eine Schule auf den Straßen".

Bevölkerung als solche anerkannt. Die FNRP selbst beschreibt sich als eine offene, demokratische, anti-kapitalistische, anti-hierarchische, anti-imperialistische, anti-patriarchale und anti-rassistische Bewegung. Studierende, indigene und bäuerliche Gemeinschaften, Umweltgruppen, Gewerkschaften, feministische, lesbische und homosexuelle Bewegungen, KünstlerInnen und MusikerInnen, Teile von Parteien, Hausfrauen, Maquila-ArbeiterInnen, AnwältInnen, Lehrende, Menschenrechtsorganisationen und vor allem auch viele zuvor nicht organisierte Einzelpersonen sind darin repräsentiert – im Ganzen über 60 Organisationen.

Durch die Pluralität an AkteurInnen nahm die FNRP viele neue Konzepte auf, die selbst in den linken Kreisen noch ignoriert worden waren. So wurde klar, dass ausschließende Praktiken nicht nur auf die Beziehung Kapital-Arbeit zutreffen, sondern auch auf ethnische Herkunft, Gender und sexuelle Orientierung. Die Beschränkung auf die „Arbeiterklasse als einzigen sozialen Akteur" wurde damit erweitert auf einen heterogenen sozialen Block. Vor allem Frauen, Feministinnen, Homo- und Transsexuelle konnten sich innerhalb der FNRP neue Freiräume eröffnen. „Dass heute bei Versammlungen gendergerechte Sprachweise verwendet wird, war vorher in unserer „Macho-Gesellschaft" unmöglich", begeistert sich Sara Eliza Rosales, Delegierte der FNRP, Schriftstellerin und Feministin.

Ziel der Basisorganisation ist ein grundlegender Wandel der Gesellschaftsform, des politischen Systems und des Wirtschaftsmodells. Ähnlich wie andere Transformationsprozesse der „Neuen Linken" in Lateinamerika stellen sie eine VV ins Zentrum ihres Kampfes. Dabei geht es keinesfalls nur um eine rein formale Gesetzesänderung. Vielmehr soll es sich um einen emanzipatorischen Diskussionsprozess in allen Sektoren der Bevölkerung handeln, in dem sich Basisgruppen gemeinsam überlegen, mit welchen Problemen sie konfrontiert sind und welche Forderungen sie stellen. „Eine neue Verfassung in Honduras muss zum Ziel haben, ein neues und alternatives Lebensmodell zu entwerfen", betont Jesus Antonio Chavez, Aktivist der FNRP. Und Berta Cáceres von COPINH erklärt: „Wir wären erstmals in der Lage, einen Präzedenzfall für die Emanzipation der Frauen zu schaffen. Die aktuelle Verfassung erwähnt Frauen an keiner einzigen Stelle." Außerdem würde die erhoffte Magna Charta eine Grundlage für den endgültigen Bruch mit dem neoliberalen System, ein Verbot von Privatisierungen, den Austritt aus Freihandelsabkommen und die Förderung regionaler Integration darstellen. Auch eine neue Agrarreform stünde auf dem Plan. Für die Einberufung sammelte die FNRP im Jahr 2010 über 1,4 Millionen „Souveräne Erklärungen für eine VV", was über 55 Prozent der WählerInnenschaft entspricht. Diese haben zwar keinen bindenden Charakter, dennoch zeigen sie, wie sehr der Wunsch nach grundlegenden Veränderungen in der Bevölkerung verankert ist.

Von 26. bis 27. Februar 2011 fand in Tegucigalpa die bisher größte Generalversammlung mit über 1.500 VertreterInnen aus allen Departamentos und sozialen Sektoren statt. Lange hatten alle darauf hingefiebert, sollten in ihr doch die zukünftigen Strategien zur Erreichung einer VV beschlossen werden.

Die Monate davor hatten viele interne Diskussionen darüber stattgefunden. Erkennbar waren hauptsächlich zwei Fraktionen: Die eine Seite plädierte für die Teilnahme an den nächsten Wahlen 2013, um schließlich mit einer Mehrheit im Parlament eine partizipative VV einberufen zu können. Andere Gruppen setzten sich für den weiteren Boykott der illegitimen Regierung Lobo und eine eigenständige Einberufung einer VV ein, die einen stärkeren Bewusstseinsbildungsprozess und eine Basisorganisierung in der Bevölkerung erreichen könnte.

In der Versammlung wurde entschieden, dass eine Wahlbeteiligung erst geplant werden kann, wenn die „Voraussetzungen dafür stimmen". Dazu gehören die bedingungslose Rückkehr von Zelaya und anderen politisch Exilierten sowie das Durchführen einer selbst einberufenen VV. Erst danach und mit einem geänderten Wahlgesetz könnte die FNRP als soziale und politische Kraft direkt an Wahlen teilnehmen.

Bis jetzt erlaubt das Gesetz nur Parteien oder unabhängige Kandidaturen. Somit konnten eine Trennung in eine politische Partei und eine soziale Bewegung, sowie die immer größer werdende Dominanz der liberalen Partei innerhalb der FNRP verhindert werden. Die VV soll am zweiten Jahrestag des Putsches, am 28. Juni 2011, einberufen werden. Auch wird weiterhin auf die Destabilisierung des Regimes gesetzt, unter anderem durch einen nationalen Generalstreik.

// Magdalena Heuwieser

RÜCKWÄRTS MARSCH – DREI SCHRITTE NACH RECHTS

DER POLITISCHE BACKLASH UNTER PRÄSIDENT PORFIRIO LOBO SOSA

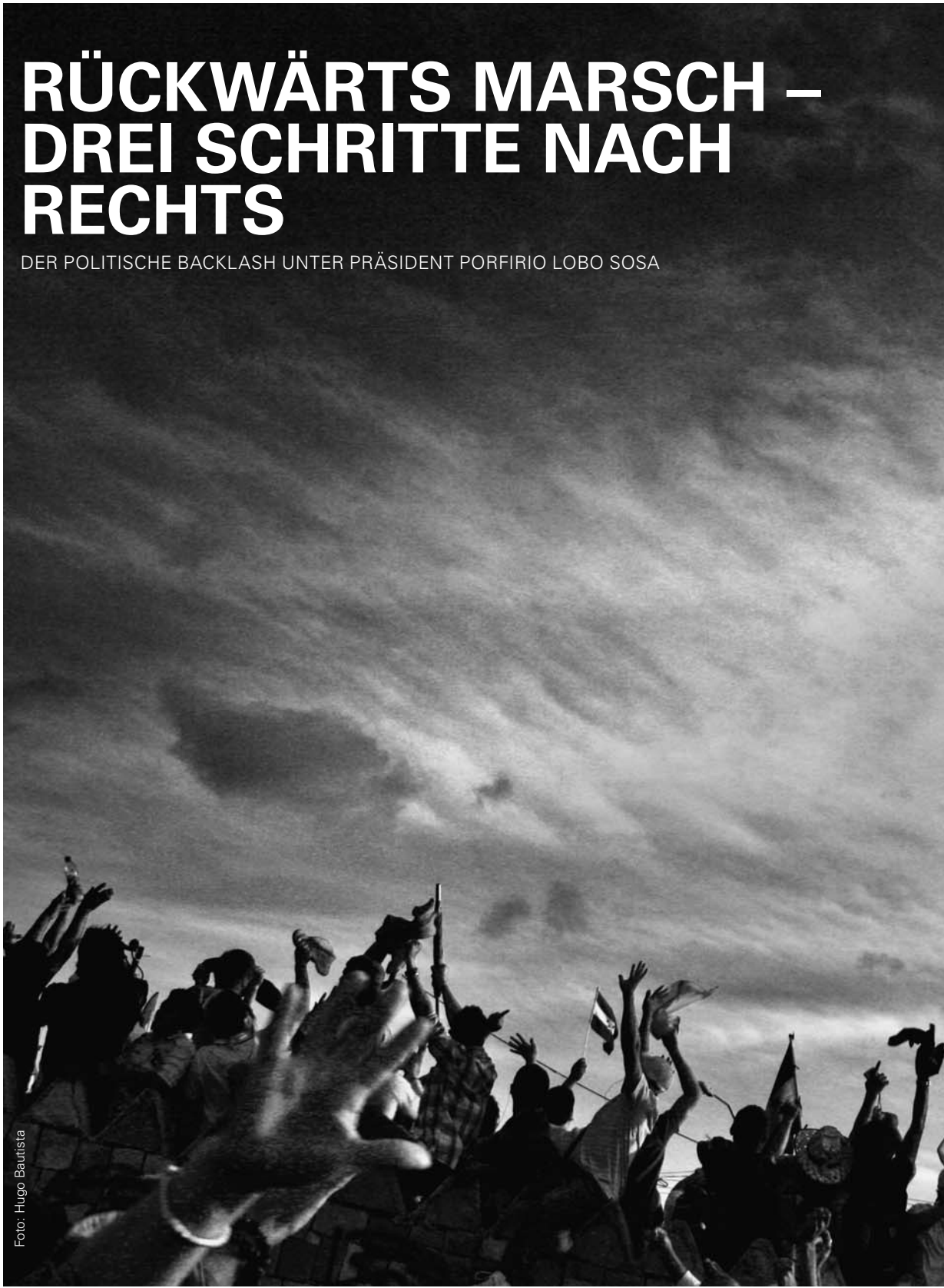

Foto: Hugo Bautista

Die durch zweifelhafte Wahlen im November 2009 an die Macht gelangte Regierung von Lobo Sosa bläst zum Generalangriff auf Sozialstandards, belebt die Privatisierungsvorhaben neu und eröffnet den Ausverkauf der natürlichen Ressourcen des Landes. Diese reaktionäre Politik der PutschistInnen-Regierung verschärft die soziale Polarisierung. Der Widerstand dagegen hat mit harter Repression zu kämpfen und wird zum Ziel straffreier Morde, Entführungen und Sabotagen. Nichtsdestotrotz wählt die Europäische Union Lobo Sosa als engen Partner in der Region.

Porfirio Lobo Sosa präsentiert sich gerne als Präsident der nationalen Versöhnung. Sein Kabinett taufte er pathetisch „Regierung der nationalen Einheit". Doch schon in der Interpretation der Wahlen vom November 2009 gibt es zwei völlig verschiedene Perspektiven im Land. Während Lobo sich durch eine stabile Mehrheit gestützt sieht, spricht die Opposition von Wahlbetrug. Die Wahlbeteiligung erreichte laut Regierung einen historischen Höchststand von 80 Prozent, während die Opposition, die zum Wahlboykott aufrief, höchstens von 40 Prozent ausgeht. Obwohl keine unabhängige Wahlbeobachtung stattfand, wurde in nationalen Medien von zahlreichen Unregelmäßigkeiten berichtet. Ganz zu schweigen von den militarisierten Verhältnissen, unter denen die Wahl stattfand.
Den zweifelhaften Umständen der Wahl zum Trotz sind mittlerweile jedoch drei Dinge manifest: Lobo ist seit über einem Jahr Präsident von Honduras, regiert ein Land, das zutiefst gespalten ist und schafft es doch, international an Boden zu gewinnen. Die Polarisierung in Honduras rührt nicht ausschließlich vom Putsch her, sondern gründet sich auch auf der neoliberalen Offensive, welche die Regierung Lobo in ihrem einjährigen Bestehen ausgezeichnet hat. In ihr findet eben die Politik, die unter den Vorgängern Zelayas die massiven sozialen Proteste der 1990er auf den Plan brachte, ihre Fortsetzung. Zelaya brach in weiten Teilen mit der neoliberalen Agenda seiner Vorgänger und kooperierte mit den sozialen Bewegungen. Demgegenüber scheint Lobo von der Nationalpartei Honduras (PNH), der konservativsten Kraft des Landes, darum bemüht, diese lästige Erinnerung so schnell als möglich auszulöschen.

◄ **Gescheiterter Versuch**
Putschisten verhindern Zelayas Landung in Tegucigalpa

Eine erste Offensive der Regierung richtete sich gegen die LehrerInnengewerkschaft „Föderation der Lehrerorganisationen Honduras" (FOMH). Der von ihr 1997 erkämpfte Mindestlohn wurde gestrichen, seit Lobos Amtsantritt sind 6.000 Grund- und MittelschullehrerInnen gänzlich ohne Bezahlung geblieben.

Der Abbau von Sozialstandards in einem Land, in dem ohnehin schon über die Hälfte der Bevölkerung in Armut lebt, macht auch vor der Maquila-Industrie nicht halt. Ein neues Stundenarbeitsgesetz zeichnet dafür verantwortlich, dass regulär Beschäftigte massenhaft ihre Anstellung verlieren und durch StundenarbeiterInnen ersetzt werden, die weder Anspruch auf Versicherung noch auf Urlaub haben.

Die von Zelaya gestoppten Privatisierungsvorhaben im Energie-, Telekommunikations- und Infrastrukturbereich hat Lobo wieder aufgenommen. Das Wasserkraftwerk „José Cecilio del Valle", das 120.000 Menschen in über 90 Gemeinden im Süden Honduras versorgt, wurde an ein italienisches Konsortium verkauft. Die vollständige Privatisierung von Hondutel, dem staatlichen Telekommunikationsunternehmen, ist nach einer strategischen Allianz mit dem amerikanischen Anbieter Latincom im Januar 2011 nur noch eine Frage der Zeit. Ganz oben auf der Privatisierungsliste steht auch der staatliche Energiekonzern ENEE.

Doch nicht nur Staatsbetriebe bringt Lobo unter den Hammer. Auch natürliche Ressourcen werden unter seiner Regierung zum Verkaufsschlager. Ein neues Wassergesetz, beschlossen schon im August 2009 unter dem Putschpräsidenten Roberto Micheletti, ermöglicht heute die Konzessionierung von Flüssen an ausländische Unternehmen. Bis April 2010 genehmigte die Regierung 47 derartige Projekte, 250 weitere befinden sich in Planung. Teilweise mit hohen finanziellen Hilfen von USAID, welches die von den Konsortien getragenen Projekte mitfinanziert, werden an den Flussläufen Wasserkraftwerke errichtet. Da Honduras jetzt schon mehr Energie produziert als es selbst konsumiert, erläutert Berta Cáceres, Koordinatorin der Indigenenorganisation COPINH, solle mit dem erzeugten Strom vor allem der krisengebeutelte US-Markt beliefert werden. Profite um die 40 Milliarden US-Dollar werden in den nächsten 30 Jahren aus der Energiegewinnung erwartet. Der Fluss Río Negro, an dessen Lauf drei Dörfer liegen, und der die Lebensgrundlage deren BewohnerInnen darstellt, wird so zum profitträchtigen Schnäppchen.

„Das Resultat des Putsches ist ein noch nie da gewesener Ausverkauf der natürlichen Ressourcen von Honduras", resümiert Berta Cáceres. Dieser macht auch vor den honduranischen Wäldern nicht halt. Ganze Waldstriche werden auf ihre Kapazität vermessen, Kohlendioxid zu absorbieren. Anschließend werden sie parzelliert und an ausländische Konzerne verleast, die dadurch an neue Kohlendioxid-Emissionszertifikate gelangen. Die lokale Bevölkerung hingegen wird durch die Konzessionierung der Wälder an private Unternehmen von deren Nutzung ausgeschlossen.

Den Gipfel des Ausverkaufs des Landes stellt aber das im Januar 2011 beschlossene Projekt der so genannten *Charter-City* („*Ciudad Modelo*") im Norden von Honduras dar. Nach den hierfür erforderlichen Verfassungsänderungen werden in „Speziellen Entwicklungszonen" die honduranischen Gesetze weitgehend außer Kraft gesetzt. In diesen autonomen Städten mit eigener Legislatur sollen ausländische InvestorInnen direkt am Gesetzgebungsprozess beteiligt werden. Die „investorenfreundlichen", den chinesischen „Sonderproduktionszonen" nicht unähnlichen Autonomiegebiete sollen auch Freihandelsabkommen mit anderen Staaten abschließen können.

Unterdessen eskaliert die Regierung den Landkonflikt im Tal von Bajo Aguán im Nordosten Honduras. Seit dem Inkrafttreten des „Modernisierungsgesetzes für den Agrarsektor", das den Verkauf von staatlichem und Genossenschaftsland erlaubte, ist dort ein rasanter Landkonzentrationsprozess im Gang. Mittlerweile verfügt in Honduras ein Prozent der Bevölkerung über 33 Prozent des fruchtbaren Bodens. BäuerInnenorganisationen fordern heute die Grundstücke zurück, die in ihren Augen illegal und unter Verletzung des Landgesetzes von 1972 verkauft wurden. Dem begegnen die GroßgrundbesitzerInnen wie Miguél Facussé wiederum mit dem Einsatz von paramilitärischen Milizen, die für zahlreiche Massaker in der Region verantwortlich gemacht werden. Lobo entsendete zusätzlich Militär und verhängte den Ausnahmezustand über Gebiete, in denen gerade protestiert wurde. Die Grenzen zwischen Miliz und Soldat sind dabei häufig fließend. Gleichzeitig kommt die Regierung schon unterzeichneten Abkommen zur Titulierung von

Land, für das die Kooperativen Besitzansprüche geltend machen konnten, nicht nach. Auch das 2008 noch unter Zelaya verabschiedete Dekret 18-2008 ließ Lobo außer Kraft setzen. Es garantierte den Bauern und Bäuerinnen die Ausstellung von Besitzurkunden, sofern sie nachweisen konnten, das Land seit mindestens zehn Jahren bestellt zu haben.

Während heute 80 Prozent der ländlichen Bevölkerung in Armut leben, setzt Lobo Sosa auf den Anbau von Palmöl für den Export. „Was in Honduras forciert wird, ist das alte neoliberale Konzept der Produktion für den Export bei gleichzeitigem Import von Nahrungsmitteln aus dem Ausland.", resümiert Gilberto Ríos von der Nichtregierungsorganisation FIAN, die sich für das Menschenrecht auf Nahrung einsetzt.

Es sind diese sozialen Verhältnisse, die Honduras seit dem formellen Ende der Militärdiktatur 1982 gespalten haben. Laut einer aktuellen Studie des unabhängigen Forschungsinstituts CESPAD haben 71 Prozent der HonduranerInnen kein Vertrauen in die Demokratie in ihrem Land. Ein Drittel der Befragten unterstützt direkt die Widerstandsbewegung FNRP. Angesichts der Unerträglichkeit der Verhältnisse befürworten 55 Prozent der Bevölkerung das von der FNRP verfochtene Anliegen einer Verfassunggebenden Versammlung und einer „Neugründung" Honduras'.

Die Regierung von Pepe Lobo erkennt die FNRP aber nicht als politischen Akteur an. Seit Amtsantritt Lobos hat die Repression massiv zugenommen. Allein im ersten Halbjahr von Januar bis August 2010 registrierte die renommierte honduranische Menschenrechtsorganisation COFADEH (Komitee der Angehörigen der Verhafteten und Verschwundenen in Honduras) über 100 politische Morde. Dazu kamen mehr als 1.000 politisch motivierte Menschenrechtsverletzungen. Die Koordinatorin der Organisation, Bertha Oliva, ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, den Versöhnungsdiskurs von Porfirio Lobo als das zu erkennen, was er sei: eine Lüge. „Ich bin es leid zu sehen, wie hier verfolgt, gemordet, unterdrückt und gleichzeitig gelogen wird", beklagt Oliva.

Im April 2010 erklärten die „Reporter ohne Grenzen" Honduras zum gefährlichsten Land für JournalistInnen weltweit. Nicht ohne Grund: Als Anfang 2011 der Zeitungsjournalist Henry Suazo von Unbekannten erschossen wurde, erhöhte sich die Zahl der 2010 ermordeten JournalistInnen auf elf.

▲ **Berta Cáceres von COPINH** „Das Resultat des Putsches ist der totale Ausverkauf der Ressourcen."

In einem solchen Klima fallen Morddrohungen, wie sie etwa Esdras Amado López, Direktor vom Fernsehsender Canal 36 im Januar 2011 von einem Militär erhielt, auf fruchtbaren Boden. Hinzu kommt, dass von den registrierten Mordfällen bisher nur ein einziger aufgeklärt wurde. Dieses Klima der Straflosigkeit und der Angst hat mit Demokratie nichts zu tun. Oscar Mendoza, Sekretär der Basisorganisation PRO, ist alarmiert: „Was wir hier erleben, ist die ‚Kolumbianisierung' des Konflikts in Honduras."

Honduras, das seit dem Putsch aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ausgeschlossen ist, konnte anfangs nur auf die Unterstützung Kolumbiens, Perus und Panamas zählen. Mittlerweile aber haben die meisten westlichen Regierungen ihre Beziehungen zur Putschregierung normalisiert. In der EU brechen vor allem Spanien und Deutschland die Lanze für Lobo. Der Aufsichtsratvorsitzende der deutschen Entwicklungshilfeagentur GIZ, Hans-Jürgen Beerfeltz, meint: „Die Regierung von Präsident Lobo bedeutet für uns einen positiven Wandel im Land." Gloria Oqueli, Ex-Päsidentin des zentralamerikanischen Parlaments, stellt demgegenüber fest: „Die EU macht sich zur Komplizin der Barbarei in Honduras."

// Fabian Unterberger

KÄMPFERISCHE FRAUEN

DIE HONDURANISCHE FRAUENBEWEGUNG HAT NACH DEM PUTSCH AN STÄRKE GEWONNEN UND NEUE THEMEN ERSCHLOSSEN

Die Feministas en Resistencia sind ein breites Bündnis von Frauenorganisationen, das sich nach dem Putsch in Honduras formierte. Gemeinsames Ziel ist der Kampf gegen die durch den Putsch bedingte steigende Gewalt an Frauen. Die eng vernetzte Bewegung wendet sich gegen Haushaltskürzungen beim staatlichen Gleichstellungsplan und mobilisiert gegen arbeitsrechtliche Diskriminierung von Frauen.

Im Zentrum für Frauenrechte (CDM) in San Pedro Sula im Norden Honduras' wird der Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2010 groß begangen. Die Juristin Maria Elena Sabillón und ihre Mitarbeiterinnen sehen diesen Tag als Möglichkeit, ihren Widerstand gegen die aktuelle Regierung zum Ausdruck zu bringen. Das CDM ist eine der zahlreichen Frauenorganisationen, die sich zu den Feministas en Resistencia (Feministinnen im Widerstand) zusammen geschlossen haben und eine gut vernetzte und aktive Opposition gegenüber der illegitimen Regierung darstellen. Mit Hilfe lokaler Radioprogramme, die kurzzeitig von der Regierung Lobos verboten wurden, und mit regelmäßig stattfindenden Demonstrationen streiten sie für vormals bestehende Errungenschaften wie den Zugang zur „Pille danach". Auch sind sie gegen die von der Regierung Lobos geplante Beschneidung des Budgets, das für die Umsetzung dringend notwendiger Schritte im Rahmen des nationalen Geschlechter- und Gleichstellungsplans benötigt wird.
Alle Frauenorganisationen, die sich innerhalb der Feministas en Resistencia organisieren, eint das Anliegen, die seit dem Putsch dramatisch ansteigende Gewalt an Frauen national wie auch international publik zu machen. Ziel ist es, (inter)nationale Unterstützung gegen diese Menschenrechtsverletzung einzufordern.
Bereits in den ersten Tagen nach dem Putsch war ein drastischer Anstieg von Gewalt gegen Frauen zu verzeichnen. Die Anzahl der Frauenmorde stieg dabei um 60 Prozent. Honduras wird bereits mit Ciudad Juárez in Mexiko verglichen, das die weltweit höchste Anzahl an Frauenmorden verzeichnet. Die permanente Vernachlässigung dieser dramatischen Entwicklung durch die Regierung veranlasst Frauen vermehrt, internationale Allianzen zu schmieden und Organisationen zu aktivieren, um auf diesem Wege nationale Maßnahmen zu erzwingen.
Feministas en Resistencia bekämpfen ebenso nationale wirtschaftliche Deregulierungs- und Flexibilisierungsprozesse, welche von der neuen Regierung in Gang gesetzt wurden. „Seit dem Putsch haben die Unternehmen viel an Macht gewonnen. Der Putsch war von wirtschaftlichen Interessen geprägt. Der ehemalige Präsident Zelaya wollte die Arbeitsbedingungen verbessern, indem er beispielsweise den Mindestlohn erheblich anhob, das haben die UnternehmerInnen mit dem Putsch verhindert" erklärt Yadira Minero. Sie arbeitet für EMIH (Equipo Monitoreo Independiente de Honduras), eine Organisation, die ArbeitnehmerInnen in Zulieferbetrieben transnationaler Konzerne in ihrem Kampf für ihre Rechte unterstützt. Mit großer Sorge beobachten die unterschiedlichsten Frauenorganisationen das neue Gesetz zur Flexibilisierung der Arbeit. Die „Neuerungen" enthalten den ArbeiterInnen den Anspruch auf Sozialleistungen, Mutterschutz und Urlaubsansprüche vor. Gewerkschaftliche Selbstorganisation wird durch temporäre Arbeitsverhältnisse nahezu verunmöglicht. Bereits jetzt ist ein Anstieg an prekären Arbeitsplätzen zu beobachten, dennoch sind in den offiziellen Statistiken nur wenige Anzeigen gegen die Unterwanderung des geltenden Arbeitsrechts zu finden. Yadira Minero führt das auf die Verunsicherung der Bevölkerung zurück, die aufgrund der instabilen politischen Situation zusehends Schwierigkeiten hat, ihre Rechte in diesem politischen System geltend zu machen. Für die unterschiedlichen Frauenorgani-

Foto: Maja Hofmann

▲ **Es ist die Zeit der Angst** Angst von Frauen vor der Gewalt der Männer, Angst von Männern vor Frauen ohne Angst

sationen innerhalb der Feministas en Resistencia ist diese Entwicklung aus zwei Gründen alarmierend. Zum einen wird die Regierung die Armutsgefährdung und das Abgleiten von Frauen in die Armut durch instabile, prekäre und temporäre Arbeitsplätze weiter vorantreiben. Bereits jetzt sind Frauen in Honduras vielfachen Diskriminierungen innerhalb der Arbeitswelt ausgesetzt. Exemplarisch können hierfür die Maquilas angeführt werden, Niedriglohn-Fertigungsbetriebe, in denen überwiegend Frauen tätig sind, um Produkte der Textil-, Spielzeug- und Elektroindustrie für den Weltmarkt herzustellen. Geprägt sind diese Arbeitsplätze durch die Unterwanderung arbeitsrechtlicher Bestimmungen, die Verletzung einer Vielzahl an Frauenrechten und sexuelle Übergriffe. Die Löhne liegen mit 3000 Lempiras (114 Euro) monatlich trotz immenser Überstunden, die gefordert werden, weit unter dem existenzsichernden Mindesteinkommen von 226 Euro. Die Maquilaindustrie zeigt exemplarisch, wie Frauen bereits in der Vergangenheit durch Handels- und Marktliberalisierung in Verbindung mit der Schaffung von Freihandelszonen in schlecht bezahlte Arbeitsplätze mit geringen Aufstiegschancen gedrängt wurden. Die Regierung Lobo verschreibt sich in ihrer Politik neoliberalen Wirtschaftsinteressen. Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union, in dem der Ausbau von Freihandelszonen sowie das Gesetz zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes vorgesehen sind, macht dies deutlich. Die Diskriminierung von Frauen wird somit strukturell langfristig im Land verankert.

Die geplanten budgetären Einschnitte im nationalen Gleichstellungsplan verhindern die Umsetzung wesentlicher Maßnahmen im Kampf gegen Gewalt an Frauen. Die Weiterführung neoliberaler Wirtschaft verhindert eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und negiert die Leistung, welche Frauen durch ihre reproduktive Arbeit erbringen. Die Feministas en Resistencia fordern unter anderem Geschlechtergerechtigkeit, Respekt für die kulturelle Diversität des

Landes, die Schaffung einer gewaltlosen Kultur und die Einhaltung der Menschenrechte. Diese Forderungen bringen sie in nationalen und internationalen Organisationen ein und artikulieren sie in mannigfaltigen Arten des Protests.
In Anbetracht des gewaltvoll herbeigeführten Machtwechsels und der Missachtung von Menschenrechten seitens der aktuellen Regierung beteiligen sich die Feministas en Resistencia an dem Projekt, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen. Wesentlich für ihren Erfolg ist es, für ihre Forderungen außerhalb Honduras Verbündete zu finden, die sich aktiv solidarisch erklären, wie Yadira Minero es treffend formuliert: „Der Putsch ist vorbei, aber wir geben nicht auf und benötigen internationale Unterstützung, weil unser Staat versagt."

// Kathrin Pelzer

Mehr Informationen unter: www.frauensolidaritaet.org

Foto: Javier Eliu

▲ **Abuela en Resistencia** Dionisia Díaz, die „Großmutter des Widerstands" verpasst keine Demo gegen den Putsch

JEDEN TAG EIN FRAUENMORD

In Honduras ist in den letzten Jahren die Zahl der Frauenmorde stetig angestiegen, was das zentralamerikanische Land zu einem der gefährlichsten der Region macht. Etwa 1.750 Frauen sind durch gewaltsame Umstände in den letzten 74 Monaten gestorben, so Ramón Custodio López, der nationale Beauftragte für Menschenrechte. Ein im März 2011 erschienener Bericht der nationalen Menschenrechtskommission CONADEH (Comisionado Nacional de Derechos Humanos) zeigt den jährlichen Anstieg der Frauenmorde. Während es sich im Jahr 2005 um 175 Morde handelte, waren es 2006 schon 202, im darauffolgenden Jahr sogar 295 Morde. 2008 stieg die Anzahl auf 312 Tote, 2009 auf 363. Im Jahr 2010 verharrte sie auf hohem Niveau bei 343 Femiziden. Allein in den ersten zwei Monaten dieses Jahres sind schon über 60 Frauenmorde gemeldet. Inzwischen wird in Honduras somit umgerechnet jeden Tag eine Frau umgebracht.
Laut CONADEH sind die Opfer der Gewalt Frauen aller Altersstufen. Es handelt sich dabei ebenso um kriminelle Aktionen wie auch um häusliche Gewalt in der Ehe. Todesursachen sind vielfach Schussverletzungen, jedoch auch Enthauptungen, Erstickung, heftige Schläge, Verbrennungen, Vergewaltigungen und Folter. Es wird geschätzt, dass über 80 Prozent der Frauenmorde aufgrund fehlender Ermittlungen unbestraft bleiben. Den starken Anstieg der Gewalt gegen Frauen stellen Frauenrechtsorganisationen wie CDM (Centro de Derechos de la Mujer) und feministische Bündnisse in Honduras auch in Zusammenhang mit dem Putsch im Juni 2009 fest. Seitdem ist insgesamt die Gewalt, auch von Seiten des Militärs und der Polizei, stark angestiegen. Der nationale Menschenrechts-Ombudsmann Ramón Custodio wird von der Widerstandsbewegung und zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsorganisationen aufgrund dessen unkritischer Haltung gegenüber den Menschenrechtsverletzungen, die auf den Staatsstreich folgten, abgelehnt.

// Magdalena Heuwieser

Mehr Informationen unter: http://www.conadeh.hn/Joomla/index.php/component/content/article/217-femicidios

Fotos: Nora Bluhme

„FÜR UNSER RECHT AUF LEBEN“

INTERVIEW MIT DEM AKTIVISTEN DONNY REYES VON DER HONDURANISCHEN LGBT-BEWEGUNG ÜBER DIE SITUATION VON QUEERS SEIT DEM PUTSCH

Am 13. Dezember 2009 wurde der schwule AIDS-Aktivist Walter Tróchez, der auch in der Widerstandsbewegung aktiv war, umgebracht. Anlässlich des ersten Jahrestages seiner Ermordung fand eine Protestkundgebung vor dem Gebäude der Staatsanwaltschaft in Tegucigalpa statt. Die *Lateinamerika Nachrichten* sprachen mit Donny Reyes von der queeren Organisation Arcoiris über die Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans* (LGBT) in Honduras seit dem Putsch sowie über die Hintergründe der zahlreichen Morde an schwulen Männern und Trans* (Transsexuelle und Transgender).

Hat sich die Situation für Schwule, Lesben und Trans* nach dem Putsch im Juni 2009 verändert?

Ja, auf jeden Fall. Der Putsch hat die Gewalt verstärkt, weil durch ihn vor allem das Militär und die staatlichen Sicherheitskräfte mehr Macht erhalten haben. Und aus ihren Reihen kamen auch schon vorher diejenigen, die Leute von uns ermordet haben. Und wenn man den Mördern mehr Macht gibt, dann gibt es auch mehr Morde. Seit dem Putsch wurden über 30 Menschen ermordet. Die Opfer sind, wie schon immer, die verwundbarsten Teile der Gesellschaft: Angehörige der LGBT-Gemeinschaft, Jugendliche, Frauen und so weiter.

▲ **Gerechtigkeit jetzt!** Trans*aktivistin auf einer Veranstaltung für die Symbolfigur des queeren Widerstands

Sie sind heute hier, um an die Ermordung von Walter Tróchez vor einem Jahr zu erinnern. Was ist das Ziel der Kundgebung?
Wir sind hier, um herauszufinden, was die Staatsanwaltschaft bis jetzt in dem Mordfall Walter Tróchez ermittelt hat. Walter ist im Dezember 2009 zuerst entführt und gefoltert, und dann ermordet worden. Bis heute ist niemand angeklagt oder gar verurteilt worden. Wir prangern an, dass so viele Angehörige der LGBT-Gemeinschaft seit dem Putsch ermordet worden sind, ohne dass jemand zur Rechenschaft gezogen wurde.

Was hat Walter Tróchez für die LGBT-Bewegung in Honduras bedeutet?
Walter war ein Menschenrechtsverteidiger der LGBT-Gemeinschaft und der Personen, die mit dem HI-Virus leben. Und er war in der Widerstandsbewegung gegen den Putsch aktiv. Für uns ist seine Ermordung ein besonders tragischer Fall, weil er eine leitende Figur der Bewegung war und sich offen für die Rechte dieser marginalisierten Gruppen eingesetzt hat.

Haben Sie eine Vermutung, wer ihn ermordet hat und warum?
Wir sind sicher, dass es Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte sind, die die homosexuellen Männer und Trans*-Personen in diesem Land ermorden. Im Fall von Walter war es sogar so, dass er einige Tage vor seiner Ermordung bereits einmal entführt und gefoltert worden war. Er hatte danach auch Anzeige erstattet und ausgesagt, dass es Polizisten gewesen waren. Dieser Mord liegt ganz klar in staatlicher Verantwortung.

Und gab es eine Reaktion der staatlichen Stellen und der Justiz auf den Mord? Ist in dem Fall jemand verhört oder festgenommen worden?
Nein. Genau das ist es ja, was wir anprangern: Hier regieren Gleichgültigkeit und Straflosigkeit. Es gibt keinerlei Initiative von Seiten der zuständigen Stellen. Wenn es überhaupt Reaktionen gibt, dann wirken sie einer Aufklärung eher entgegen: dann wird versteckt, verschleiert, Akten und Anzeigen gehen verloren. Die Behörden machen immer das Gegenteil von dem, was eigentlich ihre Aufgabe ist: Wenn sie ermitteln sollen, ermitteln sie nicht. Wenn sie einen Fall dokumentieren sollen, dokumentieren sie ihn nicht und so weiter. So überlassen sie die LGBT-Gemeinschaft der

völligen Wehrlosigkeit. Wir werden aber weiterhin darauf aufmerksam machen, dass unser Leben in Gefahr ist. Wir glauben, dass jetzt der Zeitpunkt ist, um zu kämpfen.

Was sind die staatlichen Interessen bei der Verfolgung von Homosexuellen und Trans*-Personen?

Historisch waren wir immer marginalisiert und uns ist Gewalt angetan worden. Der Staat verfolgt eine Politik der „sozialen Säuberung". Es gibt zum Beispiel ein Gesetz, auf dessen Grundlage es möglich ist, wegen „unmoralischen Akten" festgenommen und ins Gefängnis geworfen zu werden. Gemeinsam mit einer hier herrschenden Kultur der Frauenfeindlichkeit, des Patriarchats, des Machismo und der Homophobie ergibt das eine tödliche Mischung, die das Leben von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans* in diesem Land gefährdet.

Was können Sie abschließend über die Situation der Menschenrechte für Lesben, Schwule und Trans* im aktuellen Honduras sagen?

Wie können wir Menschenrechte haben, wenn wir umgebracht werden? Wir müssen ersteinmal für unser Recht auf Leben kämpfen und dann kommt alles weitere.

// Interview: Eva Bahl und Øle Schmidt

DONNY REYES

Der Aktivist der queeren Organisation Arcoiris wurde mehrfach bedroht und festgenommen. Zuletzt wurden er und andere Angehörige der Gruppe wegen der Teilnahme an der Solidarität mit streikenden Lehrer_innen am 30. März inhaftiert.

SEXUELLE VIELFALT IM WIDERSTAND

Als sich die Menschen in Honduras am 28. Juni 2009 versammelten, um gegen die Entführung des Präsidenten Zelaya und die Machtübernahme der Militärs zu demonstrieren, waren von Anfang an die Mitglieder der LGBT-Gemeinschaft präsent. Genau an diesem Tag sollte der Christopher Street Day begangen werden, weswegen die Aktivist_innen sofort mit ihren Regenbogenfahnen zur Stelle waren. Seitdem ist die LGBT-Gemeinschaft ein wichtiger Bestandteil der heterogenen Widerstandsbewegung. 2010 entstand dann die Bewegung der Sexuellen Vielfalt im Widerstand (Movimiento de Diversidad Sexual en Resistencia). Die LGBT-Gemeinschaft ist stark von der Gewalt nach dem Putsch betroffen: Seit dem Putsch sind mindestens 34 schwule Männer und Trans* ermordet worden. Am 27. Januar dieses Jahres verurteilte US-Präsident Barack Obama öffentlich die Ermordung von fünf Angehörigen der LGBT-Gemeinschaft in Honduras innerhalb eines Monats. Nach dieser Intervention wurde nun eine Ermittlungseinheit mit US-amerikanischer Unterstützung angekündigt, die sich mit Verbrechen gegen LGBT-Personen und Journalist_innen beschäftigen soll. Auf der Pressekonferenz, bei der diese zukünftige Zusammenarbeit bekannt gegeben wurde, sprach Präsident Lobo allerdings von „einem oder zwei Schwulen, von denen vorgebracht wird, sie seien ermordet worden". Die tatsächlichen Opferzahlen werden also weiterhin heruntergespielt. Besonders ernst scheint Lobo die Angelegenheit auch nach der Intervention durch das Weiße Haus nicht zu nehmen.

DIE STIMME DER LENCAS

DIE INDIGENENORGANISATION COPINH IST EINE ZENTRALE STÜTZE DER WIDERSTANDSBEWEGUNG IN HONDURAS

Fotos: Maja Hofmann

In einer der ärmsten Regionen des Landes kämpfen indigene AktivistInnen für den Schutz der natürlichen Ressourcen und eine neue Verfassung, welche die indigenen Rechte stärkt. Dies macht sie zur Zielscheibe staatlicher Repression. Nicht zuletzt da die indigenen Organisationen zu den ersten gehörten, die vor dem Putsch warnten.

Es ist früher Morgen und die Täler zwischen den grün bewachsenen Bergen im südwestlichen Landkreis La Paz sind noch in Nebel gehüllt. Im leichten Regen marschieren circa 800 Menschen auf einer Schotterstraße, die meisten von ihnen Indigene. Ziel des Marsches ist die kleine Stadt San José. Der Ort der Demonstration mag verwundern, hier, wo es den Anschein hat, dass in unmittelbarer Nähe der Route nicht viele Menschen anzutreffen sind, die die Forderungen der Demonstration erreichen könnten: Weg mit den Staudämmen!

Zu der Demonstration hatte unter anderem der Rat der Volks- und Indigenenorganisationen von Honduras (COPINH) aufgerufen, der seit 1993 für die Rechte der indigenen Bevölkerung kämpft. Ein zentraler Punkt des Kampfes war von Anfang an die Verteidigung des kollektiven Landes und der natürlichen Gemeingüter wie der Flüsse und der Wälder. Dabei kann die Organisation auf einige Erfolge zurückblicken: Im Laufe der Jahre erkämpfte sie bereits über 20 Landtitel für die Gemeinden, verhinderte Staudämme und Minenprojekte und erreichte, dass die Holzindustrie mehr als 30 Projekte aufgeben musste.

Zum Widerstand haben die Indigenen in Honduras allen Grund, wie an der Situation der Lencas klar wird, die im Westen des Landes leben. Nicht nur dass die indigene Bevölkerung durch die fortschreitende Ausbeutung der Naturressourcen ihre Lebensgrundlage verliert. Auch ihre Sprache und große Teile ihrer Kultur haben die mehr als 100.000 in Honduras lebenden Lencas aufgrund der jahrhundertelangen Repression und des Anpassungsdrucks verloren. Durch basisdemokratische Organisierung und die Gründung indigener Räte in den Gemeinden versucht COPINH nun, Teile dieser Kultur zu erhalten und wiederzubeleben sowie die Situation der indigenen Kleinbauern und -bäuerinnen zu verbessern, die zum Großteil von Subsistenzwirtschaft leben.

In über 200 Dörfern ist COPINH mittlerweile aktiv, der Rat veranstaltet Workshops zu Indigenen- und

Menschenrechten und verwirklicht verschiedene Bildungs- und Gesundheitsprojekte. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit ist der Aufbau von Frauen- und Jugendgruppen, mit denen er den patriarchalen Strukturen entgegenwirken will, die in den meisten indigenen Gemeinden vorherrschen. Denn diese Strukturen bedeuten für viele Frauen und Jugendliche, neben dem alltäglichen Rassismus der honduranischen Mehrheitsgesellschaft, eine weitere Form der Diskriminierung. Auch außerhalb der indigenen Regionen ist COPINH aktiv. So gelang es seinen AktivistInnen 1994 nach elftägiger Besetzung des nationalen Kongresses die honduranische Regierung zur Unterzeichnung des Übereinkommen Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu bewegen, der bis heute einzigen internationalen Norm, welche indigenen Gemeinschaften rechtsverbindlichen Schutz und Anspruch auf eine Vielzahl von Grundrechten garantiert.

Ein zentraler Punkt des Kampfes war die Verteidigung des kollektiven Landes und der natürlichen Gemeingüter.

Indes bestehen diese Rechte nur auf dem Papier, wie Berta Cáceres, Koordinatorin von COPINH, hervorhebt: „Die Regierung ignoriert und verletzt das Übereinkommen 169 vollständig." So ist das Staudammprojekt in La Paz nur eines von vielen geplanten Projekten im Westen Honduras', von denen indigene Gemeinden direkt betroffen sind. Ermöglicht wurden viele dieser Projekte durch das Allgemeine Wassergesetz, das der honduranische Kongress im August 2009, nur zwei Monate nach dem Putsch, verabschiedete. Das Gesetz erlaubt die Vergabe von Konzessionen für Flüsse, sprich deren Privatisierung. Bis heute vergab die Regierung 47 Konzessionen an InvestorInnen, mit denen diese Flussabschnitte über einen Zeitraum von 30 Jahren mieten.

Zwar sieht das ILO-Übereinkommen vor, dass die indigenen Gemeinschaften zu konsultieren sind, wann immer gesetzgeberische oder administrative Vorhaben deren Lebensraum unmittelbar betreffen. Doch das kümmert die Regierung nicht. In über 20 offenen Versammlungen haben die betroffenen Gemeinden jeweils ihre geschlossene Ablehnung gegenüber den Staudammprojekten erklärt, in allen Fällen hat die Regierung diese Entscheidung ignoriert. Stattdessen ist die Vergabe von bis zu 300 Konzessionen in Planung. „Ein Geschenk, das die Regierung nun an die finanziellen UnterstützerInnen des Putsches macht", erklärt Cáceres. Der einflussreichen Unternehmerschaft in Honduras, welche ihre Profite durch die Politik Zelayas bedroht sah und die als Drahtzieher des Putsches gilt, winken nun riesige Gewinne durch Investitionen und die Teilhabe an den Megaprojekten. Hinzu kommt, dass viele der betroffenen Gemeinden gar

▼ **Protestmarsch** Demonstration gegen das geplante Staudammprojekt im Landkreis La Paz

Foto: Johannes Schwäbl

nicht wissen, was genau auf ihrem Land geplant wird, denn laut AktivistInnen von COPINH ist es sehr schwierig, Einsicht in die abgeschlossenen Verträge zu bekommen.
Eine weitere Bedrohung stellt die Privatisierung der Wälder in der Region dar, welche eigentlich im kollektiven Besitz der Gemeinden sind. Durch das REDD-Programm (Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern) der Weltbank und der UN sehen internationale Firmen im Kauf und „Schutz" von Wäldern die Chance ihre CO^2-Bilanz aufzubessern; gleichzeitig wird den Indigenen, die sich jahrelang um den Waldbestand kümmerten, der Zutritt zu den Wäldern untersagt.
Dabei gab es während der Regierungszeit Manuel Zelayas Aussicht auf Besserung: Zelaya stoppte nach Gesprächen mit betroffenen Dörfern Staudammprojekte in der Region und befand sich in weiteren Verhandlungen mit COPINH. Zwar stand COPINH Zelaya stets kritisch gegenüber, befürwortete aber viele seiner Entscheidungen, zum

Vielleicht hätte der Putsch verhindert werden können, wenn Zelaya auf die Empfehlung von COPINH gehört hätte.

Beispiel den Beitritt zu den interamerikanischen Wirtschaftsbündnissen Petrocaribe und Alba, die Venezuelas Staatschef Hugo Chávez initiierte. Die größten Hoffnungen verband COPINH aber mit Zelayas Idee einer Verfassunggebenden Versammlung, in welcher die Organisation die Möglichkeit einer Neugründung des Landes sah, die die Rechte der Indigenen stärkt. Schon vor dem Militärputsch im Juni 2009 hatte COPINH daher zu einer Versammlung mit 400 VertreterInnen der sozialen Bewegungen aufgerufen, um über neue politische Alternativen zu diskutieren. Andererseits sah COPINH schon früh die Gefahr eines Putsches, angesichts der Zugeständnisse, die Zelaya an die sozialen Bewegungen des Landes machte und warnte Zelaya mehrmals vor diesem Szenario. Vielleicht hätte der Putsch verhindert werden können, wenn Zelaya auf die Empfehlung von COPINH gehört hätte, die Militärs zu entmachten. Doch der damalige Präsident kam diesem Rat nur zögerlich und zu spät nach. Angesichts dieses Zauderns besetzten AktivistInnen von COPINH kurz vor dem Putsch das Innenministerium in Tegucigalpa und riefen die HonduranerInnen zu Wachsamkeit und weiterer Organisierung auf – ohne den Putsch schließlich verhindern zu können.
Aufgrund dieser Vorgeschichte und der Widerstandsaktionen, die COPINH direkt als Antwort auf den Putsch organisierte, stand die Organisation von Anfang an im Fadenkreuz der Putschisten. Eine der Maßnahmen der Putschregierung war die weitere Militarisierung der Regionen, in denen die meisten Indigenen leben, zum Beispiel das Grenzgebiet zu El Salvador. Verstärkt hat sich die Repression nochmals seit der Vergabe der Flusskonzessionen und den damit verbundenen ökonomischen Interessen. Die großen Medien, die überwiegend in der Hand der Putschisten sind, diffamieren COPINH zunehmend als terroristische Vereinigung. Die Radiosender der indigenen Gemeinden wie La Voz Lenca und Radio Guarajambala, die wichtige Kommunikationsmedien der Bewegung darstellen, sind ständigen Drohungen und Sabotageakten ausgesetzt. „Anonyme Anrufer drohten uns damit, dass sie uns die Zunge abschneiden und uns umbringen werden, wenn wir weiterhin über den Putsch sprechen", berichtet Juan Vásquez, Koordinator der Radiosender. Anfang Januar kappten MitarbeiterInnen des privaten Stromversorgers Dienst für elektrische Messung in Honduras (SEMEH), die Stromzufuhr der Sendestation in La Esperanza und bedrohten mehrere MitarbeiterInnen des Radios. Teilhaber von SEMEH ist unter anderem Arturo Corrales Álvarez, der als ein Unterstützer des Putsches gilt.
Laut Berta Cáceres wurden bereits sieben AktivistInnen von COPINH ermordet. Im Mai 2010 töteten Unbekannte im Dorf Pueblo Viejo den Aktivisten Olayo Hernández Sorto durch drei Schüsse.
Trotz der Repression kämpft COPINH weiter für die Rechte der indigenen und marginalisierten Bevölkerungsteile und für eine radikale Neugründung des Landes von unten. So bleibt die Indigenenorganisation eine der zentralen Stützen der honduranischen Widerstandsbewegung, insbesondere durch die basisdemokratischen Impulse, die die AktivistInnen in die Bewegung einbringen. „Der Kampf geht weiter. Sehr viele Personen haben die Hoffnung mit einer neuen Verfassung die ungerechten Strukturen abzuschaffen", betont der indigene Aktivist Francisco Lano, „Es ist kein leichter Kampf, es ist sehr schwer, aber es ist auch nicht unmöglich."

// Johannes Schwäbl

Weitere Infos: www.copinh.org

ÖL INS FEUER

DIE SUBVENTIONIERUNG „GRÜNER PROJEKTE“ KÖNNTE DIE LANDKONFLIKTE IN HONDURAS WEITER ZUSPITZEN

Foto: Nora Bluhme

Das Aguán-Tal gehört zu den fruchtbarsten Agrargebieten Zentralamerikas. Ursprünglich sollte es zur Armutsbekämpfung an Landlose verteilt werden. Doch da sich wirtschaftliche Interessen immer wieder durchgesetzt haben, wird die Region derzeit in weiten Teilen von GroßgrundbesitzerInnen zum kommerziellen Anbau von Ölpalmen genutzt. Die ausgedehnten Monokulturen werden durch internationale Gelder gefördert, während in dem Gebiet die Konfrontation zwischen Landbevölkerung und Unternehmern eskaliert. Ein Besuch der Delegation im Bajo Aguán.

Wir sitzen im Bus und fahren durch die honduranische Landschaft Richtung Bajo Aguán. Ein gelber Zettel ist von innen an die gesprungene Windschutzscheibe geklebt. Er weist uns als Teil der Menschenrechtsmission aus, die in diesen Tagen einen Besuch der agrarwirtschaftlich höchst relevanten Region im Norden des Landes vornimmt. Keiner von uns weiß, was uns erwartet. Man hatte uns mehrmals versichert, dass hier die Krise der honduranischen Demokratie am deutlichsten zu Tage treten würde und die katastrophale Menschenrechtslage am greifbarsten sei. Hier treten sich die Kontrahenten des politischen Konflikts offen gegenüber: Auf der einen Seite die traditionellen Machteliten, in deren Händen sich Wohlstand und Landbesitz konzentrieren, auf der anderen die Bevölkerung, die auf eine gerechtere und sozial verträglichere Gesellschaftsentwicklung hofft. Beide Parteien erheben Anspruch auf das Nutzland in der Region.

Um als „hochverschuldetes Entwicklungsland" von einem Schuldenerlass zu profitieren, wurde Honduras Ende der 1990er Jahre von der Weltbank verpflichtet, Auflagen zur Armutsbekämpfung zur erfüllen. Die Umsetzung der Landreform, die in den 1970er Jahren beschlossen worden war, sollte Teil dieser Maßnahmen sein. Sie sah die Verteilung agrarwirtschaftlich nutzbarer Flächen des Staatsgebietes an landlose Bauern und Bäuerinnen vor, um ihnen eine Selbstversorgungsgrundlage zu verschaffen. Auch Teile des Aguán-Tales waren hierfür bestimmt. Doch im Zuge neoliberaler Strukturanpassungsmaßnahmen eröffnete ein Modernisierungsgesetz von 1992 die Möglichkeit zu profitorientierter Landnutzung durch Privatunternehmen. InvestorInnen kauften die Grundstücke zu Schleuderpreisen. Damit rückte eine gesicherte Existenz und Ernährungssouveränität für große Teile der honduranischen Landbevölkerung wieder in weite Ferne.

Erst Präsident Manuel Zelaya griff die Reformansätze wieder auf, doch ausgerechnet kurz bevor sein entsprechender Erlass vom April 2008 umgesetzt werden konnte, wurde er aus dem Amt geputscht. Nach den umstrittenen Wahlen von 2009 erfolgten zwischen Bauern- und Bäuerinnenorganisationen der Region und der frisch etablierten Regierung Porfirio Lobos neue Verhandlungen. Obwohl die neuen Machthaber bemüht waren, ihr Image demokratisch aufzupolieren, wurden die Abkommen unter höchst repressiven Bedingungen getroffen. Menschenrechtsorganisationen wie FIAN International prangern an, dass die hohe Präsenz von Militär und privaten Sicherheitskräften für ein Klima der Einschüchterung und Bedrohung sorgten und Morde an Mitgliedern von Bauernorganisationen straflos blieben.

Nachdem die Hoffnungen auf Gerechtigkeit durch den Putsch in sich zusammengefallen waren, hatten Bauernfamilien Siedlungen auf dem umstrittenen Land errichtet, um Druck auf die De-facto Regierung auszuüben, und begonnen, dort Anbau für ihre Zwecke zu betreiben.

In Tocoa, unweit der Atlantikküste, beziehen wir das Hotel, das für die nächsten drei Tage Ausgangspunkt der Menschenrechtsbeobachtung und Medienbegleitung sein wird. Von hier aus brechen wir am folgenden Tag mit unserem gelb gekennzeichneten Kleinbus zu einer bäuerlichen Landbesetzung in Paso Aguán auf, deren Räumung angekündigt worden war. Das Grundstück gehört zum Besitz Miguel Facussés, der mit seinem Palmöl-Unternehmen Dinant einen Großteil des Aguán-Tals vereinnahmt und unter den Bauern und Bäuerinnen als ausgesprochen skrupellos gilt. Begleitet wird die Räumungsankündigung durch eine umfassende Medienkampagne. Konservative honduranische Tageszeitungen berichten von „Terror in Aguán". Damit meinen sie die Bauernbewegungen und nicht die Großgrundbesitzer, deren Privatarmeen erfahrungsgemäß in Menschenrechtsfragen wenig zimperlich sind. Nach offiziellen Angaben werden 1.000 Maschinengewehre in den Bauernsiedlungen vermutet.

◄ **Kein sicheres Heim**
Bauern und Bäuerinnen in Paso Aguán müssen ihre Siedlung räumen

Fotos: Honduras-Delegation

Bei der Ankunft in Paso Aguán bietet sich uns allerdings ein anderes Bild: Bauern, Bäuerinnen, Greise und Kinder packen gerade ihr spärliches Hab und Gut zusammen und räumen das Feld. Den Menschen stehen die Strapazen der letzten Monate deutlich ins Gesicht geschrieben. Die ehemaligen Unterkünfte sind leer, Plastikplanen, die auf den Palmenblatthütten Wände und Dächer abgedichtet hatten, brennen vor sich hin. Persönliche Gegenstände sind in den Wirren des Aufbruchs zurückgelassen worden und liegen im Dreck.

AugenzeugInnen berichten uns, dass eine umfangreiche Entmilitarisierung der Zone kurz vor unserem Eintreffen stattgefunden habe. Trotzdem ist das Militäraufgebot, dem wir vor Ort begegnen, beachtlich. Die Uniformierten sind schwer bewaffnet, ein Maschinengewehr, das am Eingang zur Siedlung positioniert ist, wird bei unserer Ankunft hastig von den Soldaten mit Tarnfolie abgedeckt. Die Obrigkeit gibt sich deeskalierend, wir können uns ungehindert im Gebiet bewegen und dürfen fotografieren.

Nun erfolgt der Auftritt des polizeilichen Einsatzleiters, einem kernigen Typ aus der Hauptstadt, der sich nahezu unbewaffnet in die Menge begibt und dem Pulk aus JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen äußerst redegewandt Frage und Antwort steht. Er wolle die Gesellschaft von innen verändern, man kämpfe für gemeinsame Ziele, erläutert er in Mikrophone und Kameras. Schließlich lässt er es sich nicht nehmen, mit ernster Miene ein selbstverfasstes sozialkritisches Gedicht vorzutragen.

Auf eindringlicheres Nachfragen unsererseits fällt er dann allerdings doch unerwartet aus seiner Rolle. Minutenlang kommt er über die ständige Wiederholung der Worte „Vielen Dank für Ihren Beitrag zum Frieden" nicht hinaus, es klingt auswendig gelernt. Immer wieder ermahnt er die Sicherheitskräfte, die Gesichtsvermummung abzunehmen, als wäre dies nicht die übliche Handhabung. Zu den brennenden Überresten der Behausungen kommentiert er, ihm sei kein einziger Fall dokumentierter Brandstiftung durch Polizisten bekannt.

Die vertriebenen Bauern und Bäuerinnen kommen in einer nahegelegenen Gemeinde unter, die nach dem Befreiungstheologen und Revolutionär Guadalupe Carney benannt worden ist. Vor gut zehn Jahren hatten bäuerliche Familien hier ehemaliges Militärgelände und erklärtes Reformland bezogen und seither eine gut organisierte Gemeinschaftsstruktur aufgebaut. Als Bauernbewegung von Aguán nahmen sie an den Verhandlungen mit der Regierung Lobo teil und sollen die Rechte an ihrem Niederlassungsgebiet behalten. Da erhebliche Teile des Abkommens seitens der Regierung allerdings nicht eingehalten wurden, hatten die Anwohner gerade eine Straßenblockade errichtet, deren gewaltsame Räumung vom Militär angedroht worden war. In Anbetracht der anwesenden Menschenrechts- und Mediendelegation wurde das Eingreifen der Truppen jedoch verschoben.

Am zweiten Tag hat ein Soldat vor unserem Hotel Stellung bezogen. Durch die verglaste Gebäudefront hat er Einsicht in die Lobby. Wir ziehen uns zur Besprechung lieber in den hinteren Gebäudeteil zurück. Gemeinsam mit der Medien- und Menschenrechtsdelegation steht für diesen Tag der Besuch verschiedener Fincas an, deren BewohnerInnen bereits formal als Landeigentümer anerkannt sind. Dessen ungeachtet beansprucht der Großgrundbesitzer Miguel Facussé das Land jedoch weiterhin für sich und versucht die Bauern mit Räumungsklagen einzuschüchtern. Private Sicherheitsfirmen sorgen in der Gegend für Angst und Schrecken. Die Bauern und Bäuerinnen auf den Palmölplantagen berichten von vermummten Sicherheitskräften, die das Feuer auf Zivilisten eröffneten. Einer der Bauern präsentiert neun Schusswunden an seinem Oberkörper.

Bei der Fahrt von einer Siedlung zur nächsten zieht über Kilometer hinweg der immer gleiche Anblick am Busfenster vorbei: Stelenartig stehen die abgeernteten Palmenstämme in Reih und Glied. Von der tropentypischen Biodiversität ist dazwischen wenig geblieben. Die Kleinbauern und Landlosen, die in diesem Kontext wirtschaften müssen, befinden sich in unmittelbarer Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern und Abnehmerfirmen. Umweltschutzorganisationen wie Rettet den Regenwald e.V. warnen seit Jahren vor den ökologischen und sozialen Konsequenzen des Ölpalmenanbaus.

Weil das Palmöl, das aus den Früchten der Bäume hergestellt wird, in Agrokraftstoffen allerdings eine bessere Kohlendioxid-Bilanz aufweist als herkömmliche fossile Brennstoffe, kann bei seinem Anbau die Reduktion von Treibhausgasausstoß geltend gemacht werden. Damit wird er Gegenstand von Emissionshandel und im Sinne des Kyotopotokolls als „grünes Projekt" anrechenbar.

Ausgerechnet Dinant, die Firma Miguel Facussés, könnte bald zu den NutznießerInnen dieser Förderungen gehören. Sie erhält bereits finanzielle Unterstützung durch Gesellschaften der Weltbank und eine Kooperation mit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft befindet sich in Planung.

Ein Umstand, der die Position von Bauern und Bäuerinnnen in Aguán weiter verschlechtert. Dass die Sozialverträglichkeitsstandards für derartige Projektfinanzierung in Bajo Aguán bisher bei Weitem nicht eingehalten wurden, verdeutlicht auch die traurige Bilanz von 19 ermordeten Mitgliedern verschiedener Bauernorganisationen seit Januar 2010.

Juan Galindos, Vizepräsident der Vereinten Bauernbewegung des Aguán (MUCA), beschreibt die verzweifelte Situation: „Wir haben Angst vor den paramilitärischen Strukturen, die hier offensichtlich aufgebaut werden, aber wir müssen weiter für unsere Rechte eintreten. Wenn wir es nicht schaffen, unseren rechtmäßigen Landbesitz zu verteidigen – wo sollen wir dann hin?"

// Nora Bluhme

EINE MUSTERSTADT FÜR REICHE

INTERVIEW MIT JESÚS GARZA, MITGLIED DER WIDERSTANDSBEWEGUNG (FNRP) UND DER HONDURANISCHEN KOALITION DER BÜRGERAKTION (CHAAC)

Die honduranische Regierung will InvestorInnen in so genannten Charter-Cities einen Teil des honduranischen Territoriums überlassen. Über die Konsequenzen für die Bevölkerung sprach die Honduras-Delegation mit Jesús Garza von der Widerstandsbewegung.

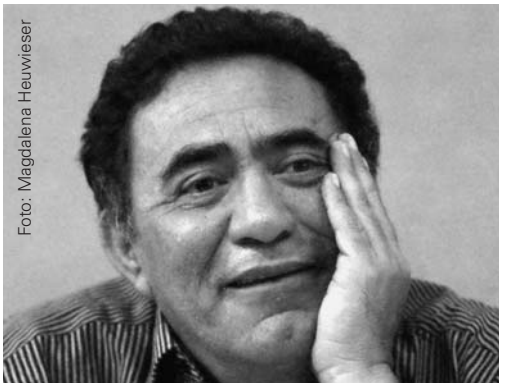

Foto: Magdalena Heuwieser

In Honduras ist die Einrichtung von sogenannten *Charter Cities* (Musterstädte) geplant. Worum handelt es sich dabei?

Kurz gefasst handelt es sich dabei um die Überlassung von Territorien an Investoren, damit sie dort in aller Freiheit Industrien aufbauen können, ohne staatliche Kontrollen hinsichtlich Arbeitsrechten, Sicherheit und Umweltschutz. Es wird dort sogar eine eigene lokale Gesetzgebung eingeführt, um die Macht der Investoren zu stärken. Es sind, wie die Bananenplantagen in ihren besten Zeiten, wirtschaftliche Enklaven, reine Produktions- und Entwicklungszentren im kapitalistischen Sinn, den Freihandelszonen ähnlich, doch mit mehr Privilegien. Gemäß den BefürworterInnen dieses Modells würde das zur Errichtung von riesigen Maquila-Zonen, Hafenanlagen und Tourismusprojekten führen.

Entsprechend dem am 19. Januar 2011 verabschiedeten Dekret könnten für diese Art von Enklaven bis zu 33 km² zur Verfügung gestellt werden. Allem Anschein nach würden den Investoren Konzessionen über einen Zeitraum von vielen Jahren eingeräumt werden, wodurch die Errichtung von dauerhaften Arbeitsplätzen möglich wäre.

In welchem Zusammenhang ist das Projekt dieser *Charter Cities* zu sehen?

Das Projekt ist im Kontext der Wiedereinführung des neoliberalen Modells nach dem Staatsstreich zu sehen. Dieses geht auf die 1990er Jahre zurück, als in Honduras auf Empfehlung des Internationalen Währungsfonds Strukturanpassungsprogramme dekretiert wurden. Aus dieser Zeit stammen die Gesetze zur Modernisierung und zur Entwicklung des Landwirtschaftssektors sowie zur Privatisierung der öffentlichen Dienste. In Honduras gab es zu jener Zeit weder eine entwickelte Produktivkraft noch einen Binnenmarkt, weshalb die neoliberale wirtschaftliche Öffnung den Staat in einen verstärkten Zustand der Abhängigkeit und der Verarmung gestürzt hat.

Die Regierung Zelaya beabsichtigte, zumindest die negativsten Aspekte des neoliberalen Modells zu eliminieren. Doch nach dem Putsch wurde durch eine Reihe von Entscheidungen, Dekreten und Gesetzen dieses Modell ganz unverblümt wieder eingeführt. Und eine dieser Verfügungen ist eben die Schaffung der so genannten „Musterstädte".

Was würde dies für Honduras bedeuten?

Der US-amerikanische Erfinder der *Charter Cities,* Paul Romer, geht von der Annahme aus, dass durch die Einrichtung solcher „Entwicklungspole" die umliegende Region und schließlich das ganze Land einen Entwicklungsschub erleben würde. Die BefürworterInnen des Projekts in Honduras versprechen sich demzufolge die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Zunahme von Investitionen und des Binnenkonsums durch die erhöhte Kaufkraft der Bevölkerung. Doch dabei werden einige Details vergessen. Da die Investoren – vorausgesetzt, sie kommen überhaupt – ihre Einsatzgüter steuerfrei einführen können, werden sie aller

Voraussicht nach nicht im Land selbst einkaufen, sondern vom Ausland her einführen. Es werden sich die großen nationalen und internationalen Warenhäuser niederlassen und den ansässigen Kleinhandel ruinieren. Und die regionalen Produktions- und Gastronomiebetriebe werden im Wettbewerb gegenüber den Fast Food-Lokalen und den großen Restaurant-Ketten mit ihren importierten Gütern unterliegen.
Die Musterstädte werden in der Bevölkerung Erwartungen auf Arbeitsplätze wecken, auch wenn die Rahmenbedingungen noch so ungünstig sind. Sie führen zu einem Verlust territorialer Souveränität. Den Investoren werden Konzessionen über natürliche Ressourcen erteilt und die Arbeitsrechte werden zum Nachteil der Beschäftigten verschlechtert. Ein positiver Aspekt könnte vielleicht die Verbesserung und Ausweitung des Verkehrsnetzes sein, bis hin zum Bau einer interozeanischen Eisenbahn zwischen Amapala und Puerto Castillo – ein Projekt, das in Regierungskreisen bereits diskutiert wird. Doch das ist noch nicht sicher. Dieses Projekt war bereits 1898 im Gespräch, als die Bananenkonzerne ins Land kamen, und 1989, als die Freihandelszonen für die Weltmarktfabriken (Maquilas) eingerichtet wurden.

Wer wären die Nutznießer dieses Projekts?
Die Gewinner wären immer dieselben, nämlich die Unternehmen, die über genügend Kapital verfügen, um den Investoren ihre Dienste anzubieten. Und der Verlierer wäre die verarmte Bevölkerungsmehrheit, sowie der honduranische Staat, der die Souveränität und die Kontrolle über einen Teil seines Territoriums aufgibt.

Wie läuft die Umsetzung des Dekretes?
Die Umsetzung des Projekts hat noch nicht begonnen. Es gibt nur das Dekret, das die Schaffung dieser Zonen für ausländische Investoren vorsieht. Präsident Lobo ist mit einer großen Gesellschaft – Regierungsmitgliedern und UnternehmerInnen – nach Asien gefahren, um dort die Dienste seines Landes anzubieten. Man könnte diese Reise auch als eine Tour interpretieren, bei der der Ausverkauf des Landes angeboten wurde.
Ich persönlich glaube, dass dieses Projekt derzeit wenig Chancen auf eine Verwirklichung besitzt. Es fehlen viele notwendige Voraussetzungen dazu. Meiner Meinung nach müsste zuerst das entsprechende Verkehrsnetz bestehen. Vor allem aber erscheint mir der Zeitpunkt nicht günstig, denn diese Krisenzeit des globalen Kapitalismus bietet wenig Anreiz für Investoren. Die Unternehmen, die in Ländern wie Honduras investieren, möchten hier vor allem Güter zum Verkauf nach Europa und in die USA, nach Kanada oder Japan produzieren. Da aber in diesen Ländern die Krise noch nicht ausgestanden ist und der Konsum zurückgeht, wäre es für Investoren sehr riskant, neue Produktionsstätten aufzubauen, ohne über einen sicheren Absatzmarkt zu verfügen. Und mit der Tragödie in Japan verschlechtern sich die Chancen weiter, denn im darauf folgenden Wiederaufbau werden sich die selben asiatischen Unternehmer engagieren, die unser Präsident und seine Gefolgschaft auf ihrer Reise zur Investition in Honduras überreden wollten.

Gibt es Proteste gegen dieses Projekt?
Die FNRP hat noch keine klare Position gegenüber dem Projekt der Musterstädte ausgearbeitet. Ich glaube, dass die Umstände und Rahmenbedingungen noch nicht genügend erforscht wurden. Das hat aber auch damit zu tun, dass das Ganze bis jetzt nur ein Dekret ist und seitens der Investoren noch kein konkretes Interesse sichtbar wurde, sich hier zu engagieren – außer dem protzerischen Gehabe der Regierungsfunktionäre, die damit prahlen, wie gut sie in Asien empfangen wurden und dass nun bald Machbarkeitsstudien begonnen werden. Aber das alles steckt noch in einer Phase der medialen Präsentation.

Ist das Projekt überhaupt noch zu stoppen?
Ja. Und obendrein gibt es Bevölkerungssektoren, die von dem Projekt stark betroffen wären. Gemäß dem Dekret würden sich die *Charter Cities* in sehr dünn besiedelten Regionen ansiedeln. Die Regierung und die Massenmedien erwähnen zum Beispiel Sico und Paulaya, dieses Tal zwischen den gleichnamigen Flüssen und der Gemeinde Iriona in der Provinz Colón. Wenn die Zone für die *Charter City* nun einen Umfang von 33 Quadratkilometer hätte, so würde das in das 1991 zum Agrarreformgebiet erklärte Territorium hineinreichen, wo heute 53 Gemeinschaften mit mehr als 7.000 Einwohnern leben. Und die würden sich die Enteignung ihres Gebietes sicher nicht so ohne weiteres gefallen lassen.

// Interview: Magdalena Heuwieser
Übersetzung: Werner Hörtner

ICH WEISS, WAS DU VORLETZTEN SOMMER GETAN HAST

IN HONDURAS SIND DIESES JAHR GLEICH ZWEI WAHRHEITSKOMMISSIONEN IM EINSATZ. EINE OFFIZIELLE UND EINE DER WIDERSTANDSBEWEGUNG

Das Büro der alternativen Wahrheitskommission, der sogenannten Wahren Kommission (Comisión de Verdad), befindet sich hoch über der Hauptstadt von Honduras. Im einst von deutschen EmigrantInnen gegründeten Viertel Walter hat sie in einem alten weißgetünchten Haus mit ausladendem Holzbalkonen ihren Sitz bezogen. Der Blick von oben auf Tegucigalpa erscheint symbolträchtig für das, was hier derzeit zusammengetragen wird: ein detaillierter Überblick über die Menschenrechtsverletzungen nach dem Putsch und auch während des aktuellen Nachfolgeregimes von Porfirio Lobo. Initiiert wurde die Wahre Kommission von der honduranischen Menschenrechtsplattform, ein Zusammenschluss renommierter zivilgesellschaftlicher Organisationen, um ein Gegengewicht zur offiziellen Wahrheitskommission Wahrheits- und Versöhnungskommission (Comisión de la Verdad y la Reconciliación) zu bilden.

„Die am Putsch beteiligten Institutionen des honduranischen Justizsystems wollen mit dieser jetzt ihre eigenen Taten untersuchen", konstatiert Pater Fausto Milla, einer der KommissarInnen der alternativen Wahrheitskommission, der neun angesehene JuristInnen und kirchliche MenschenrechtskämpferInnen aus Lateinamerika und Spanien vorstehen. Direkt nach dem Putsch hatte der Oberste Gerichtshof die Rechtmäßigkeit der gewaltsamen Exilierung des damaligen Präsidenten Manuel Zelaya für legal erklärt, die Staatsanwaltschaft hingegen hält noch immer eine Anzeige gegen ihn aufrecht. „Das ist eine absurde Show, um den Staatsstreich ein weiteres Mal zu legitimieren. Die Täter werden sich kaum selbst zu Tätern erklären", schließt der weißhaarige Pater.

Und doch mangelt es der offiziellen Wahrheitskommission keinesfalls an internationaler Anerkennung. In den Verhandlungen von San José zur Lösung des Konflikts in Honduras, war ihre Schaffung als eine Bedingung genannt worden, das Putschregime an der Macht zu belassen. Koordiniert wird sie von Eduardo Stein, langjähriger Funktionär der Organisation der Vereinten Nationen und Ex-Vizepräsident von Guatemala. Personell wie finanziell wird die Kommission durch Vereinte Nationen, USA und Europäische Union unterstützt. Die EU gibt 180.000 Euro; der deutsche Anteil daran sind rund 20 Prozent, so Karl-Heinz Rode, deutscher Botschafter in Tegucigalpa.

„Doch der offiziellen Wahrheitskommission beibt eines vorenthalten; ihr fehlt schlichtweg die Anerkennung seitens der honduranischen Bevölkerung. Diese lehnt sie mehrheitlich ab", erklärt Tom Loudon, Technischer Direktor der Wahren Kommission. Die Menschenrechtsorganisation COFADEH berichtet davon, dass Zeugenaussagen durch die offizielle Kommission unter Druck erzwungen werden. Für die alternative Wahrheitskomission hat der Zeugenschutz hingegen oberste Priorität. Sie genießt die breite Unterstützung der Menschen. „Uns ist es sehr wichtig, vertrauensvoll mit den gesammelten Information umzugehen, um den Schutz der Opfer zu gewährleisten. Diese dürfen nicht durch ihre Aussage in Gefahr gebracht werden", berichtet Loudon. In seinem Büro hängen Bilder von den Wochen nach dem Putsch. Am Boden liegende DemonstrantInnen werden von Militärs und Polizei umstellt; auf dem Asphalt geronnenes Blut. Familienangehörige weinen um ihre Toten.

Beide Wahrheitskommissionen unterscheiden sich in Ausrichtung und Zielsetzung klar voneinander. Die Wahre Kommission legt ihren Fokus explizit auf die Verletzungen der Menschenrechte. Die offizielle Wahrheitskomission wird sich nur untergeordnet mit den Menschenrechtsverletzungen während dem Putsch befassen. Diese werden von einer Gruppe von UN-ExpertInnen in einem extra Bericht abgehandelt. Voraussetzung ist jedoch, dass sie beizeiten vor der Staatsanwalt-

schaft angezeigt wurden. Dies kritisiert die Menschenrechtsplattform scharf, da das Justizsystem selbst tief in den Putsch verstrickt war und die meisten Menschenrechtsverletzungen gar nicht gemeldet wurden. „Jene, die die Anzeige stellten, wurden nämlich anschließend oft erneut mit Repression oder sogar Folter eingeschüchtert", so Helen O´Campo, Pressesprecherin der Wahren Kommission.

Schon im März soll der Endbericht der offiziellen Kommission mit „Empfehlungen an die Regierung" vorliegen; diese sind jedoch nicht bindend. „Ihr Mandat ist rein politischer Natur, nämlich die Ereignisse rund um den 28. Juni 2009 aufzuarbeiten", sagt Exekutivsekretär Sergio Membreño. Den Begriff „Putsch" verwendet er nicht. Folgerichtig ist auch keine juristische Strafverfolgung vorgesehen. Die höchste Aufgabe, die sich die Kommission gestellt habe, sei es „die Wiederversöhnung in Honduras einzuleiten", so Membreño.

„Für die Initiatoren des Putsches ein vollkommen verfehlter Auftrag", urteilt Tom Loudon. Doch hat die offizielle Wahrheitskommission für das Regime Porfirio Lobo vor allem eine Funktion: die eigene vermeintlich demokratische Ausrichtung vor der Weltöffentlichkeit darzulegen. Die EU scheint sich davon überzeugen zu lassen. Die Regierung Lobo habe „nicht zuletzt durch die Einführung der Wahrheitskommission ihren Willen zur Aufzuarbeitung des Staatsstreichs gezeigt", so Vanessa Vallardes von der EU-Vertretung in Honduras.

Innerhalb der EU unterstützen als einziges Land nur die Niederlande auch die Wahre Kommission. Ihr Bericht soll explizit als Grundlage für eine juristische Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzungen und auch dem Verfassungsbruch durch den Putsch dienen. „Eine Verurteilung der intellektuellen Köpfe und direkten Ausführenden durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag bleibt unsere größte Hoffnung", sagt Helen O´Campo. Sie selbst ist aus Sicherheitsgründen in das bewachte Haus der alternativen Wahrheitskommission hoch über der Stadt umgezogen. Mehr noch als die Angehörigen der Widerstandsbewegung sind die Kommissionsmitglieder Repression und Übergriffen ausgesetzt. Die PutschistInnen lassen sich nicht gerne in die Karten gucken.

Am Nachmittag des 28. März wurde von Unbekannten ein Sprengkörper auf das Bürodach der alternativen Wahrheitskommission in San Pedro Sula geworfen. Glücklicherweise wurden bei der Detonation weder die im Gebäude anwesende Koordinatorin Brenda Mejía noch zwei internationale Beobachter aus Kanada verletzt.

// Kathrin Zeiske

Weitere Infos: Alternative Wahrheitskommission: www.comisiondeverdadhonduras.org // Offizielle Wahrheitskommission: www.cvr.hn

WAHRHEITSKOMMISSIONEN

Wahrheitskommissionen sind ein Instrument, um bewaffnete Konflikte oder diktatorische Regime aufzuarbeiten und die Frage nach Opfern und Tätern zu klären. Bekanntestes Beispiel ist die Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika nach dem Ende der Apartheid. In Zentralamerika wurden nach den Bürgerkriegen in El Salvador und Guatemala in den 1990er Jahren Wahrheitskommissionen eingerichtet. Ihre Endberichte basierten stets auf Tausenden von Interviews mit Opfern von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Die Wahrheitskommissionen sind stets ein Politikum, erstellen sie doch perspektivisch eine Grundlage für die zukünftige Strafverfolgung der TäterInnen. So wurde in Guatemala 1998 Bischof Juan José Gerardi wenige Tage nach der Veröffentlichung eines ersten Berichts ermordet.

▲ **Ohne Wahrheit keine Gerechtigkeit** Tom Loudon und Helen O´Campo von der Wahren Kommission

Foto: Kathrin Zeiske

KONTINUITÄT AUCH MIT PUTSCHISTEN

DER UMSTURZ IN HONDURAS HAT DIE BEZIEHUNGEN DER EU ZU DEM MITTELAMERIKANISCHEN LAND ZU KEINEM ZEITPUNKT BEEINTRÄCHTIGT

Nur wenige Monate nach dem Putsch gegen die letzte demokratisch gewählte Regierung von Honduras unter Präsident Manuel Zelaya Ende dem rechtsgerichteten Unternehmer Porfirio Lobo ein Unterstützer des Umsturzes als Sieger hervorging, hatten die VertreterInnen der EU-

Fotos: Ariel Sosa

Juni 2009 setzte die Europäische Union bereits wieder auf eine „Normalisierung" der Beziehungen. Nach außen hin zeigten sich VertreterInnen Brüssels zwar besorgt über die prekäre Menschenrechtslage in dem mittelamerikanischen Land nach dem Staatsstreich. Doch schon im November 2009 kündigten EU-DiplomatInnen eine Begleitung der Wahlen Ende desselben Monats an. Eine solche Wahlbeobachtungsmission traf vor allem in Lateinamerika auf Ablehnung, weil sie die Abstimmung unter dem Putschregime zu legitimieren drohte. Die Sorge war nicht unbegründet, wie sich seither gezeigt hat.

Kurz vor dem Urnengang, der von den PutschistInnen organisiert wurde und aus denen mit Mitgliedsstaaten in einer Sitzung der Brüsseler Ratsarbeitsgruppe Lateinamerika (COLAT) auf die Entsendung von EU-BeobachterInnen gedrängt. Eine solche Präsenz sei neben VertreterInnen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und des US-amerikanischen Carter-Zentrums wichtig, gab ein beteiligter spanischer Diplomat die Debatte hinter vorgehaltener Hand wieder. Auch der US-Botschafter in Tegucigalpa, Hugo Llorens, soll nach Angaben der EU-Präsidentschaft auf eine solche Entsendung gedrängt haben. Die Forderung nach der Entsendung von WahlbeobachterInnen wurde im Rahmen der COLAT-Beratungen vor allem auch von Deutschland unterstützt. „Weisungsgemäß", wie es in einer Depesche hieß.

Gegenüber der mexikanischen Nachrichtenagentur Notimex hatte der Zentralamerika-Beauftragte der EU, Petro Mavromichalis, eine solche Beobachtermission kurz zuvor zwar noch ausgeschlossen. Der griechische EU-Funktionär stützte sich dabei aber lediglich auf technische Gründe. Nach Angaben aus Brüssel war die Frist für die Entsendung einer vollwertigen Wahlbeobachtungsmission Mitte September 2009 abgelaufen. So blieb den Brüsseler Fachgremien nichts anderes übrig, als wenige VertreterInnen im Rahmen einer „technischen Delegation" zu entsenden. Zudem sei aber eine „finanzielle Unterstützung von nationalen Institutionen" möglich, sagte ein spanischer EU-Diplomat, der anonym bleiben wollte.

Das Fachgremium lehnte damit die Forderung der spanischen Regierung ab, Honduras bis auf weiteres aus den Beratungen über einen Kooperationsvertrag zwischen der EU und den Staaten Zentralamerikas auszuschließen. Diese Position Spaniens wurde auch von anderen beteiligten Staatsführungen in Lateinamerika unterstützt.
Die EU und Staaten Zentralamerikas sowie der Karibik hatten im Oktober 2007 in Costa Rica Gespräche über ein Assoziierungsabkommen begonnen. Ein Vertrag zwischen beiden Regionen sollte im Jahr 2010 unterzeichnet werden und drei Bereiche umfassen: politische Themen, wirtschaftliche Kontakte und allgemeine Kooperation. Nach dem Staatsstreich gegen die Zelaya-Regierung

Fotos: Delmer Membreño

Bei einem Blick auf die damaligen internen Debatten in der EU zeigt sich: Die größte Sorge der Mittelamerika-Verantwortlichen nach dem Putsch gegen Zelaya war nicht die Ermordung von AktivistInnen der Demokratiebewegung und die allgemeine Zunahme von Menschenrechtsverletzungen. Im Zentrum der Debatten stand die erzwungene Aussetzung der Gespräche über ein Assoziierungsabkommen, mit dem die Durchsetzung einer neoliberalen Handelspolitik erleichtert werden soll.
Bereits im September 2009 drängten die VertreterInnen der EU-Mitgliedsstaaten im COLAT daher darauf, dass die Europäische Union die Gespräche über ein Assoziierungsabkommen mit Honduras auch unter dem Putschistenregime fortsetzt. hatte vor allem Spanien für einen Ausschluss des mittelamerikanischen Landes plädiert. Ein Dialog mit Honduras sei erst wieder möglich, wenn das Land zur demokratischen und verfassungsmäßigen Ordnung zurückgekehrt sei, hieß es von Seiten der sozialdemokratischen PSOE-Regierung. Ausdrücklich unterstützt wurde Madrid dabei von der Dominikanischen Republik, deren Staatsführung an den Gesprächen beteiligt war.
Nach damaligen Berichten der spanischen Nachrichtenagentur EFE hatten sich die COLAT-Mitglieder und auch die damalige schwedische EU-Ratspräsidentschaft früh gegen eine solche Option ausgesprochen. Laut diplomatischen Quellen sei ein Ausschluss von Honduras selbst unter dem

Gewaltregime als „nicht sinnvoll" zu erachten, berichtete die Agentur. In der Folge wurden technische Beratungen über das Assoziierungsabkommen in der Hoffnung fortgeführt, dass Honduras zur „politischen Normalität zurückkehrt". Daran wirkte die EU zugleich nach Kräften mit: An den Beratungen zum Assoziierungsabkommen waren schon wenige Monate nach dem Putsch wieder FunktionärInnen des international isolierten Regimes von Diktator Roberto Micheletti beteiligt.

In Berlin protestierte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Thilo Hoppe damals gegen diese Entscheidung. „Die Putschisten dürfen nicht anerkannt werden, schon gar nicht als Verhandlungspartner", erklärte der Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Ende 2009. Auch entwicklungspolitische Organisationen begegneten der Entscheidung mit Unverständnis. Vor der COLAT-Tagung hatten die Kopenhagen-Initiative für Zentralamerika CIFCA und der kirchliche Zusammenschluss von Entwicklungsorganisationen APRODEV sogar einen Stopp der gesamten Verhandlungen gefordert. Geändert hat es wenig.

Eine der treibenden Kräfte für eine „Normalisierung" der Beziehungen mit den PutschistInnen in Honduras war von Beginn an die rechtsliberale deutsche Bundesregierung. In offiziellen Stellungnahmen gibt sich das Auswärtige Amt besorgt über die Menschenrechtslage nach dem Putsch. So heißt es noch zu Beginn dieses Jahres in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag, die Union-FDP-Regierung habe in den Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit den Staaten Zentralamerikas „die Einfügung einer Menschenrechtsklausel unterstützt". In Honduras werde die Menschenrechtslage zudem durch die deutsche Botschaft in Tegucigalpa beobachtet, schrieb der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Martin Biesel. Auch erkenne die Bundesregierung das zentrale Bündnis der Demokratiebewegung, FNRP, als „gesellschaftlich und politisch relevante Kraft" an.

In der EU agieren die Berliner VertreterInnen auf Weisung Berlins jedoch deutlich parteiischer. Bei einer Sitzung der COLAT habe Deutschland zu Beginn der zweiten Novemberwoche 2010 erneut entschieden auf eine Unterstützung der international nicht anerkannten de-facto-Regierung unter Führung Lobos gedrängt, bestätigte ein EU-Diplomat Ende Januar. So hätten Berlins VertreterInnen konkret auf eine finanzielle Unterstützung von honduranischen Ministerien durch Brüssel bestanden. Bei einem Folgetreffen der Regionalarbeitsgruppe AMLAT Mitte November drängten die deutschen EU-Verhandlungsführer auf eine Reintegration von Honduras in wirtschaftspolitische Institutionen. „Bei dieser letzten eingehenden Beratung zum Thema haben die Deutschen vor allem den Ausschluss von Honduras aus dem EU-Investitionsinstrument LAIF moniert", sagte der Brüssler Diplomat gegenüber dem Nachrichtenportal amerika21. Dieses Instrument war im Mai vergangenen Jahres von der EU geschaffen worden, um zusätzliche Finanzmittel für die Wirtschaftsförderung in Lateinamerika zu kanalisieren.

Bei Nichtregierungsorganisationen und Oppositionsparteien trifft diese Linie auf zunehmende Kritik. Vor allem die Wiederaufnahme von Honduras in das EU-Programm zur Unterstützung des Sicherheits- und Justizsektors (PASS) im Februar wird mit Unbehagen gesehen. Die EU hatte Honduras in diesem Zusammenhang Gelder in Höhe von 44 Millionen Euro zugesagt – unter anderem zur Stärkung der „Sicherheitskräfte". Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen reagierten schockiert. Die geförderten Institutionen würden ihren Funktionen nicht gerecht werden, merkten mehrere europäische Netzwerke schon im Oktober vergangenen Jahres an. Wenn die EU an der Hilfe festhalte, laufe sie Gefahr, diejenigen zu unterstützen, die für anhaltende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.

Doch auch an diesem sensiblen Punkt haben die Brüsseler DiplomatInnen über den Putsch hinaus an ihrer Politik festgehalten. Das 2008 gestartete PASS-Programm soll weiterhin in drei Phasen durchgeführt werden. Nach Angaben von Vanessa Valladares, der EU-Beauftragten für Entwicklungszusammenarbeit und zivilen Dialog in Tegucigalpa, wurden in den ersten drei Jahren des umstrittenen Programms von den in der ersten Phase eingeplanten neun Millionen Euro 800.000 Euro gezahlt. Allerdings, so Valladares, seien nur Laborausrüstung und Kameras für die Sicherheitskräfte bezahlt worden. Doch selbst wenn diese Angaben stimmen, entlasten sie den Haushalt der PutschistInnen, die so mehr Geld für den Ausbau des Repressionsapparates haben. Menschenrechtsorganisationen haben weiter Grund zur Sorge.

// Harald Neuber

ENDET EH ALLES WIE AUF KUBA

DIE FRIEDRICH-NAUMANN STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT HÄLT ZU DEN PUTSCHISTINNEN. DASS IHRE EIGENEN STIPENDIATINNEN DEN PUTSCH KRITISIEREN, IST IHR EGAL

Direkt am Tag des Putsches in Honduras veröffentlichte die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) „aus aktuellem Anlass" einen Bericht mit dem Titel „‚Mel' Zelaya – Mehr Täter als Opfer". Darin gibt Christian Lüth – als Regionalvertreter der Stiftung vor Ort zuständig für Honduras, Nicaragua und Guatemala – dem gestürzten Staatschef eine Mitschuld am Putsch und schürt die Angst vor dem Erstarken linker Kräfte, die von dem vor allem in Venezuela debattierten Konzept eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts motiviert seien. Sein Fazit: Um Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsmäßigkeit zu garantieren, blieb dem Kongress keine andere Wahl als selbst die Verfassung zu brechen und Zelaya außer Landes zu bringen.

Entwicklungspolitische Organisationen und die honduranische Demokratiebewegung bewerten die öffentliche Verbreitung dieser Positionierung in den honduranischen Medien klar als eine Unterstützung der PutschistInnen und deren FürsprecherInnen. Lüth ging Anfang März 2010 sogar soweit, die Vorträge von zwei VertreterInnen honduranischer Menschenrechtsorganisationen in Deutschland als „ethisches Verbrechen" zu bezeichnen. Sie träten öffentlich auf, um „ihre Regierung zu kritisieren und das Land zu spalten". Die Linksfraktion im Bundestag beantragte daraufhin, das Vorgehen der FNS im Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe auf die Tagesordnung zu setzen. CDU und FDP hingegen lehnten die Diskussion über die politischen Angriffe ab.

Bis heute ist Lüth nicht von seiner Position abgerückt. Wenn beide Parteien, also fast alle Mitglieder im Parlament sagten, dass sie einen anderen Präsidenten wollten, dann müsse man differenzieren, meinte er gegenüber der Honduras-Delegation am 17. Dezember 2010 in Tegucigalpa: „Die Exilierung von Mel Zelaya war ein Verfassungsbruch, aber im Vergleich mit all den Verfassungsbrüchen und abgesehen von den ganz normalen strafrechtlichen Dingen, die er auf dem Kerbholz hat, ist das kein

▼ **Kämpferische Jugend** Und Protest gegen Putschbefürworter – Zwei Stencils an einer Wand in Tegucigalpa

Foto: Eva Bahl

Vergleich. Und da sagen wir nach wie vor, es war richtig, ihn aus dem Amt zu entfernen."

Die FNS berät in der Region die Polizei sowie Großunternehmer wie Miguel Facussé, der im Norden des Landes seine privaten Sicherheitsleute auf Kleinbäuerinnen und -bauern hetzt, und PolitikerInnen wie Pérez Molina in Guatemala, der während des Bürgerkrieges an der Spitze des Geheimdienstes mehrere Massaker zu verantworten hatte. An oberster Stelle der Stiftungsarbeit steht jedoch die Bildungsarbeit. Der Auftrag sei es, junge Menschen zwischen 16 und 36 Jahren für Politik und Meinungsbildung zu interessieren und sie zum Wählen zu bewegen.

Dass die propagierte Meinungsbildung innerhalb der Stiftung selbst nicht gewünscht ist, zeigt jedoch ihr Umgang mit den eigenen StipendiatInnen.

Olvin Mondragón studiert Jura an der freien Universität in Tegucigalpa. Er bezeichnet sich selbst als Liberalen und fühlt sich dem Zentrum zugehörig. 2009 forderte er wie viele andere VolontärInnen und StipendiatInnen von Lüth eine Debatte über die politischen Ereignisse. Sie stießen auf taube Ohren und verfassten eine öffentliche Erklärung in der nationalen Tageszeitung La Tribuna: „Es scheint, dass die FNS ihre Objektivität verloren hat, indem sie in den Einfluss kleiner Phantomgrüppchen und Organisationen der extremen Rechten in Lateinamerika geraten ist, die Faschismus und Nazismus näher stehen als dem Liberalismus […] Was in Honduras geschieht, hat nichts mit Hugo Chávez zu tun. Es ist das Resultat der Herrschaft einer kleinen Wirtschaftselite, deren Mitglieder sich für die Besitzer des Landes halten. […] Wir erklären, dass wir, die große Mehrheit der Moderatoren und ehemaligen Stipendiaten der FNS in Honduras, gegen den Staatsstreich in Honduras sind. Wir würden es vorziehen, auf unsere Titel als Moderatoren und Exstipendiaten zu verzichten als unseren liberalen Prinzipien abzuschwören und den Kampf für die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung im Land aufzuheben. […] Wir lehnen die Positionen des Lokalbüros der FNS in Honduras ab, das es vorgezogen hat, sich den Putschisten anzubiedern, um sich das Wohlwollen dieses Regimes zu sichern".

Alle MitarbeiterInnen hätten nach dem Putsch eine Debatte erwartet, sagt Mondragón. Aber innerhalb der Stiftung sei schnell klar gewesen, dass der Staatsstreich als „legitime Nachfolge im Präsidentenamt" bewertet und damit die Sprachregelung der PutschistInen übernommen wird. Mondragón führt die Verfassung an: Eine solche Nachfolge, heißt es dort, ist nur möglich, wenn der Präsident zurücktritt, eine unheilbare Krankheit hat oder stirbt. Zelaya aber ist unter Waffengewalt veschleppt und expatriiert worden. „Artikel 102 besagt, dass kein Honduraner ins Ausland abgeschoben werden darf", sagt Mondragón.

Nach dieser Veröffentlichung haben die ehemaligen StipendiatInnen nichts mehr von der FNS gehört. „Wir sehen, dass die Stiftung weiter macht und auch, dass (der Ex-Machthaber und Putschistenchef) Micheletti zum Vizepräsident der Liberalen Internationale wurde. Nach meiner jetzigen Analyse denke ich, dass es eine Stiftung der Elite geworden ist. Die neue Generation der Multiplikatoren sind Kinder der Oberschicht. Der Putsch hat einfach gezeigt, dass alles, was sie uns beigebracht haben, nicht wahr ist. Es zählt nur ihre Meinung oder keine. Und das war etwas ganz anderes als das, was wir den Leuten auf dem Land beigebracht haben."

Mondragón hatte Lüth 2007 vom Flughafen abgeholt, als der Vertreter der Stiftung das erste Mal honduranischen Boden betrat. Heute hat er nur noch zwei Fragen an den Funktionär: Warum war es nicht möglich, eine Debatte zu führen ? Warum wurde einfach der Kontakt abgebrochen?

Lüth hält derweil an der bisherigen Arbeit der Stiftung fest und dies mit allem Respekt gegenüber den staatlichen Institutionen. Man versuche, im Gastland so aufzutreten, dass man einigermaßen mit den Institutionen klar komme. Man sei schließlich Gast im Land und genieße zahlreiche Privilegien. Auf die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, als Stiftung für die Freiheit die demokratischen Kräfte im Land zu unterstützen, gibt es eine kurze und schlichte Antwort: „Wir teilen die Problemanalyse, aber nicht den Weg zur Lösung". Das würde doch sowieso alles „wie in Kuba" enden, beurteilt er die Bestrebungen der friedlichen Demokratiebewegung. Diese hat gerade über 500 Delegierte wählen lassen, um einen basisdemokratischen Prozess unter den vielfältigen politischen Strömungen zu gewährleisten.

Wie viele Liberale hat sich auch Olvin Mondragón der Widerstandsbewegung angeschlossen und kämpft mit für die Rechtsstaatlichkeit und gegen die institutionalisierte Willkür im Land.

// Kirstin Büttner

HISTORISCHER ÜBERBLICK

1502 // Christoph Kolumbus betritt zum ersten Mal das Territorium des heutigen Honduras. Dabei soll er gesagt haben: „Gracias a Dios que hemos salido de estas honduras." - „Gott sei Dank, dass wir diesen Tiefen entkommen sind". Dieser Ausruf gibt dem Land seinen Namen.

1537 // Der Krieger Lempira des Lenca-Stammes führt die erste Widerstandsbewegung gegen die spanische Kolonialmacht an. Dafür vereint er 200 zuvor verfeindete Stämme und führt bis zu 30.000 Krieger gegen die Spanier ins Feld.

1539 // Bei vorgetäuschten Friedensverhandlungen wird Lempira hinterrücks von den Spaniern ermordet. Der indigene Widerstand bricht auseinander.

1821 // Die honduranische Oligarchie erklärt das Land für von Spanien unabhängig und schließt es kurzzeitig dem Kaiserreich von Mexiko an. Die Unabhängigkeit von der Kolonialmacht bedeutet allerdings nicht die Befreiung von Knechtung und Unterdrückung. Vielmehr festigen die machthabenden Schichten ihren Status und nehmen verstärkt Einfluss auf Politik und Wirtschaft.

1823 // Die Länder Guatemala, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica und Honduras gründen die „Vereinigten Provinzen von Zentralamerika". Eine der wichtigsten Personen sowohl der Unabhängigkeit als auch des Staatenbündnisses ist Francisco Morazán (1792-1842). Er stammt aus Honduras und ist zwischen 1829 und 1838 Präsident des zentralamerikanischen Zusammenschlusses. Unter seiner Führung wird die Sklaverei abgeschafft und die erste Verfassung erarbeitet.

1839 // Aufgrund von internen Machtkämpfen und Bürgerkriegen zerfallen die Vereinigten Provinzen von Zentralamerika. Seit der Unabhängigkeit kämpfen mehrere Fraktionen der Oligarchie um die Macht in Honduras. Zwischen 1821 und 1876 gibt es insgesamt 85 Regierungen.

1876 // Marco Aurelio Soto wird Präsident von Honduras und setzt liberale Reformen durch. Er säkularisiert den Kirchenbesitz, führt die Zivilehe und ein staatliches Bildungswesen ein. Seine Gegner, darunter die Kirche und Großgrundbesitzer, gründen später die Nationale Partei. Seine Befürworter, das städtische Bürgertum, die Liberale Partei. Diese beiden Parteien sind bis heute die wichtigsten des Landes. Soto öffnet Honduras für den Weltmarkt und lockt mit großzügigen Konzessionen vor allem US-amerikanische Früchte-Unternehmen. Honduras entwickelt sich zur „Bananenrepublik".

1913 // Die US-Konzerne Standard Fruit Company, Cuyamel Fruit Company und United Fruit Company beherrschten den weltweiten Bananenmarkt und sind zusammen im Besitz von 75 Prozent aller honduranischen Plantagen.

1929 // Die Cuyamel Fruit Company fusioniert mit der United Fruit Company. Damit wird die United Fruit Company zur einflussreichsten politischen Macht der Region, mit weitreichenden Verbindungen zu den verschiedenen Diktaturen.

1933 // Die Diktatoren Tiburcio Carías Andino und Juan Manuel Gálvez Durón, die von 1933 bis 1948 beziehungsweise 1949 bis 1954 an der Macht sind, fühlen sich der United Fruit Company verpflichtet. Mit Hilfe der Staatsgewalt unterdrücken sie Gewerkschaften und Streiks der PlantagenarbeiterInnen.

1954 // Rund 25.000 ArbeiterInnen bestreiken die US-amerikanischen Bananenplantagen. Zum ersten Mal verliert die United Fruit Company an Einfluss. In Guatemala wird Präsident Jacobo Àrbenz durch einen von den USA unterstützten Putsch gestürzt. Zuvor waren einige Reformen auf den Weg gebracht worden, die unter anderem die Vormachtstellung der United Fruit Company bedrohten.

1975 // Die United Brands Company (vormals United Fruit Company, heute Chiquita) besticht Präsident Oswaldo López Arellano mit 1,25 Millionen US-Dollar, um die Senkung von Exportzöllen zu erreichen.

1979 // Die SandinistInnen stürzen den Diktator Anastasio Somoza Debayle in Nicaragua. Um gegen die linke FSLN sowie gegen die Guerilla-Bewegungen in El Salvador und Guatemala anzugehen, bauen die USA in Honduras eine konterrevolutionäre Streitmacht auf. Mitte der 1980er Jahre befinden sich zwischen 12.000 und 17.000 Contras auf honduranischem Territorium.

1982 // Der Kandidat der Liberalen Partei, Roberto Suazo Córdova, übernimmt nach Jahrzehnten der Militärdiktaturen als erster Zivilist die Präsidentschaft. Auch in den folgenden Jahren kehrt in Honduras kein Frieden ein. Oppositionelle werden von Contras und Todesschwadronen des berüchtigten Bataillons 3-16 gefoltert und ermordet.

1990 // Rafael Leonardo Callejas von der Liberalen Partei wird Präsident von Honduras. Er setzt neoliberale Strukturanpassungsrefomen um, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zum Schuldenabbau auferlegt wurden.

1993 // Der Menschenrechtsbeauftragte der honduranischen Regierung Leo Valladares beziffert die Zahl der „Verschwundenen" der 1980er Jahre in einem Report auf 184 und nennt die USA und Argentinien als Komplizen der Täter.

2006 // Manuel Zelaya Rosales von der Liberalen Partei wird Präsident. Im selben Jahr tritt das Freihandelsabkommen mit den USA in Kraft.

2008 // Honduras tritt dem linken und US-kritischen Staatenbündnis ALBA bei.

2009 // Anfang des Jahres erhöht Manuel Zelaya den Mindestlohn der Angestellten im öffentlichen Dienst und plant eine unverbindliche Volksbefragung zu einer Verfassunggebenden Versammlung.

28 Juni // Militärs nehmen Zelaya fest und fliegen ihn nach Costa Rica aus, Roberto Micheletti über nimmt de facto die Präsidentschaft.

02 Juli // Die Länder der Europäischen Union ziehen ihre BotschafterInnen aus Tegucigalpa ab. Die Putschregierung ruft den Ausnahmezustand aus.

05. Juli // Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) suspendiert die Mitgliedschaft Honduras'. Zelaya versucht, auf dem Flughafen in Tegucigalpa zu landen. Die Putschregierung erteilt keine Landeerlaubnis.

20. Juli // Die EU suspendiert Finanzhilfen an Honduras in Höhe von 90 Millionen US Dollar.

28. Juli // Die USA suspendieren Visa von vier Mitgliedern der Putschregierung.

08. September // Der IWF sperrt 163 Millionen US-Dollar, die für Honduras bestimmt waren.

21. September // Manuel Zelaya taucht überraschend in der brasilianischen Botschaft in Tegucigalpa auf. In den darauffolgenden Tagen setzt die Putscharmee Schallkanonen und Tränengas gegen die Botschaft ein.

26. September // De-facto-Präsident Roberto Micheletti erlässt ein Dekret zur Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte. Das Dekret soll bis zu den Wahlen in Kraft bleiben.

05. Oktober // Aufgrund vielfältigen Drucks muss Micheletti das Dekret zur Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte wieder aufheben.

29. November // Porfirio Lobo von der Nationalen Partei gewinnt dubiose Wahlen, die unter starker Militarisierung des Landes stattfanden. Das Oberste Wahlgericht spricht zunächst von über 60 Prozent Wahlbeteiligung, später korrigierte es den Wert auf nur noch 49 Prozent. Die Widerstandsbewegung kommt nach ihren Beobachtungen und Berechnungen auf Werte zwischen 25 und 35 Prozent.

2010, 27. Januar // Amtsantritt von „Präsident" Porfirio Lobo. Am selben Tag geht Manuel Zelaya ins Exil in die Dominikanische Republik.

14. April // Porfirio Lobo unterzeichnet ein Abkommen, welches landlosen Kleinbauern und –bäuerinnen der Vereinten Bauernbewegung des Aguáns (MUCA) 11.000 Hektar Land zuspricht.

19. Mai // Die Europäische Union und die Staaten Mittelamerikas, darunter auch Honduras, unterzeichnen ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen.

15. September // Die Widerstandsbewegung hat über 1,3 Millionen Unterschriften für eine Verfassunggebende Versammlung gesammelt.

2011, 12. Januar // Das honduranische Parlament beschließt eine Verfassungsänderung. Damit dürfen Artikel, die die Wiederwahl des Präsidenten betreffen durch einen Volksentscheid geändert werden. Genau dies hatten die Gegner Zelayas zum Grund für den Putsch 2009 genommen.

26. Februar // Generalversammlung der Widerstandsbewegung findet statt. Im Vordergrund steht die Frage nach der politischen Beteiligung der Bewegung. Eine Wahlbeteiligung kommt erst in Frage, wenn Zelaya und andere politisch Exilierte ins Land zurückkehren dürfen, eine selbst einberufene Verfassunggebende Versammlung zustande kommt und das Wahlgesetz dahingehend geändert wird, dass auch die Widerstandsbewegung als soziale und politische Kraft teilnehmen kann.

30. März // In großen Teilen des Landes kommt es zu Demonstrationen von Lehrerverbänden und der Widerstandsbewegung gegen die Regierung Lobo. Die Polizei geht mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Menschen vor. Zahlreiche Personen werden verletzt und verhaftet.

// Zusammenstellung: Marius Zynga

Foto: Kirstin Büttner

▲ **Juan Galindo** ist Vizepräsident der Bauernorganisation MUCA (Movimiento Unificado Campesino del Aguán)

DIE HONDURAS-DELEGATION 2010

Wir freuen uns über Anregungen, Kritik und vor allem Leute, die aktiv werden wollen!
Meldet Euch bei uns, falls Ihr:

* Weiterhin auf dem Laufenden sein, und deswegen von uns auf die Email-Verteiler der Honduras-Koordination (Vernetzung von Solidaritäts- und Menschenrechtsgruppen im deutschsprachigen Raum) oder des Öku-Büros (Infos und Urgent Actions zu Honduras) gesetzt werden wollt.
* An einem Einsatz als internationaleR MenschenrechtsbeobachterIn in Honduras Interesse habt.
* Interesse habt, eine Foto-Ausstellung zu Honduras in Eure Stadt zu holen und evt. auch ein Rahmenprogramm zu organisieren.
* Uns als ReferentInnen für Vorträge oder Seminare einladen wollt.
* Eine Veranstaltung mit ReferentInnen oder MusikerInnen aus der honduranischen Widerstandsbewegung organisieren wollt.

Kontakt:
Honduras-Delegation 2010
c/o Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Straße 13, 81667 München
Tel.: ++49-89-448 59 45
Email: hondurasblog2010@gmail.com
http://hondurasdelegation.blogspot.com

VERANSTALTUNGEN DER HONDURAS-DELEGATION

WOCHENENDSEMINAR IN POTSDAM

Auf dem Wochenendseminar „Honduras nach dem Putsch und die Rolle der europäischen Entwicklungspolitik" berichten mehrere DelegationsteilnehmerInnen von ihren Erfahrungen und Beobachtungen. Sie stellen u.a. die Situation von Genossenschaftsbauern und -bäuerinnen, indigenen AktivistInnen und Kulturschaffenden vor und reflektieren ihre Gespräche mit PolitikerInnen. Das Seminar beschäftigt sich auch mit den Zielen und Ansätzen der Entwicklungspolitik in Honduras, wobei vor allem die Rolle der EU und Deutschlands hinterfragt werden. Teilnahmebeitrag: 30 Euro, ermäßigt 20 Euro. // **Termin**: voraussichtlich Ende Juni 2011// **Ort**: Potsdam, Haus der Jugend // **Anmeldung**: info@hochvier.org

ABENDVERANSTALTUNG IN BERLIN

Nach dem Putsch in Honduras: Nationale Versöhnung oder Rettung des Neoliberalismus? Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Andrés Schmidt (Ökumenisches Büro München). Der Referent wird anhand eines Bildvortrags über die Situation in Honduras berichten und befasst sich mit der Frage, warum die EU sich nach wie vor hinter die Regierung Lobo stellt. Veranstaltet von: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Lateinamerika Nachrichten e.V., amerika21, Ökumenisches Büro München. // **Termin**: Mittwoch, 13.April 2011, 19:00 Uhr // **Ort**: FDCL, Im Mehringhof, Aufgang 3, 5.Stock, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin

Spendenkonto zur Unterstützung von weiteren Projekten der Delegation:
Ökumenisches Büro, Konto-Nr. 5617 62 58
Stadtsparkasse München, BLZ: 701 500 00
IBAN: DE65 7015 000 056 1762 58
SWIFT-BIC: SSKMDEMM
Verwendungszweck: „Honduras-Delegation"

Veranstalter der Delegation:
Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. // Pariser Straße 13, D-81667 München // Tel.: 0049-89-448 59 45 // Email: info@oeku-buero.de // www.oeku-buero.de

Förderkreis:
* Oscar-Romero-Haus e.V. // Heerstr. 205, 53111 Bonn // Tel.: 0049-228-63 50 94 // Email: info@oscar-romero-haus.de // www.oscar-romero-haus.de
* Informationsgruppe Lateinamerika IGLA // c/o WUK, Währingerstr. 59, A-1090 Wien

Zum Weiterklicken:
www.hondurasdelegation.blogspot.com/
www.amerika21.de/geo/honduras
www.voselsoberano.com (auf spanisch)
www.resistenciahonduras.net
www.defensoresenlinea.com

◄ 100% unschuldiges bäuerliches Blut
Anzeige der Widerstandsbewegung für eine Kampagne gegen Landvertreibung: „Miguel Facusse und andere Großgrundbesitzer: Stoppt die Morde im Aguán!"

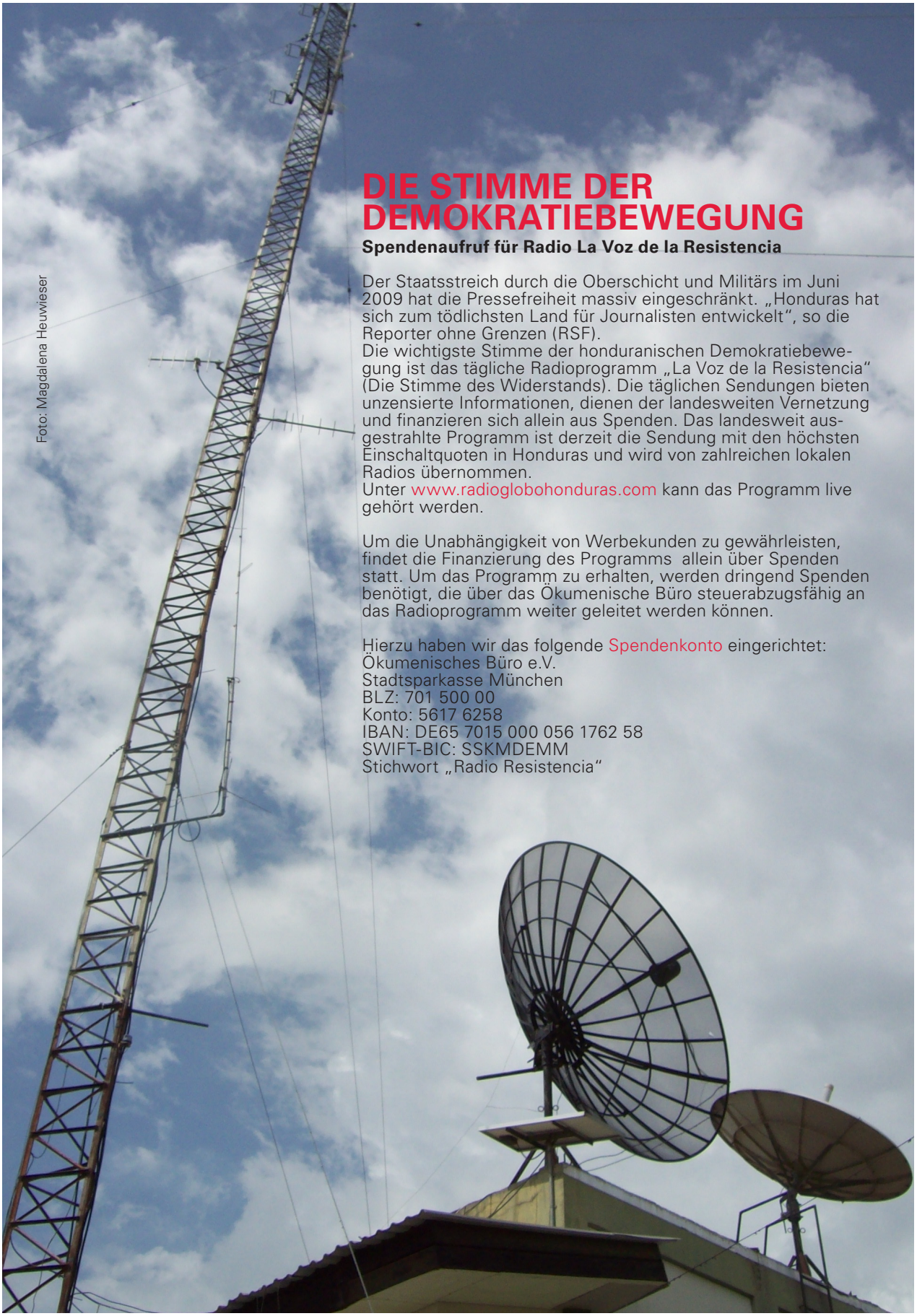

Foto: Magdalena Heuwieser

DIE STIMME DER DEMOKRATIEBEWEGUNG

Spendenaufruf für Radio La Voz de la Resistencia

Der Staatsstreich durch die Oberschicht und Militärs im Juni 2009 hat die Pressefreiheit massiv eingeschränkt. „Honduras hat sich zum tödlichsten Land für Journalisten entwickelt“, so die Reporter ohne Grenzen (RSF).
Die wichtigste Stimme der honduranischen Demokratiebewegung ist das tägliche Radioprogramm „La Voz de la Resistencia“ (Die Stimme des Widerstands). Die täglichen Sendungen bieten unzensierte Informationen, dienen der landesweiten Vernetzung und finanzieren sich allein aus Spenden. Das landesweit ausgestrahlte Programm ist derzeit die Sendung mit den höchsten Einschaltquoten in Honduras und wird von zahlreichen lokalen Radios übernommen.
Unter www.radioglobohonduras.com kann das Programm live gehört werden.

Um die Unabhängigkeit von Werbekunden zu gewährleisten, findet die Finanzierung des Programms allein über Spenden statt. Um das Programm zu erhalten, werden dringend Spenden benötigt, die über das Ökumenische Büro steuerabzugsfähig an das Radioprogramm weiter geleitet werden können.

Hierzu haben wir das folgende Spendenkonto eingerichtet:
Ökumenisches Büro e.V.
Stadtsparkasse München
BLZ: 701 500 00
Konto: 5617 6258
IBAN: DE65 7015 000 056 1762 58
SWIFT-BIC: SSKMDEMM
Stichwort „Radio Resistencia“

Foto: Hugo Bautista

Den Menschen, die in Honduras und überall auf der Welt für eine andere und bessere Gesellschaft kämpfen und in der scheinbaren Ausweglosigkeit neue Wege gehen ...

Wir danken herzlichst: Edgar Soriano und Lorena Zelaya für die Betreuung unserer Delegation; Jesús Garza und Donny Reyes für die Bereitschaft zum Interview; Javier Eliú für Fotos und Begleitung; Delmer Membreño, Irene Maradiaga, Paul Carbajal, Hugo Bautista, Ariel Sosa von Artistas en Resistencia für die Bereitstellung ihrer Fotos; Anuschka Linse für das Logo der Hondurasdelegation 2010 und den Beitrag für das Titelblatt; den *Lateinamerika Nachrichten* für die nette Zusammenarbeit sowie allen (finanziellen und ideellen) UnterstützerInnen der Delegationsreise.